



Politische Berichte

Nummer 3 / 12. Jahrgang

1. Februar 1991

In dieser Ausgabe: Golfkrieg: Bekämpft den Kriegseintritt der BRD! * Türkei: Prozeß gegen Beşikçi * Neun Jahre Haft gegen Luitgard Hornstein * „Abwicklung“ in der ostdeutschen Hochschullandschaft * PAC-Kongress: Ergebnisse

G 7756 D Preis 1,50 DM

Kohl: Unverzagt weiter voran!

Mehr Staatsgewalt und „Volksgemeinschaft“ für das Streben des BRD-Kapitals nach Weltgeltung

Der Kabinettsbeschuß zu weiteren Truppenentsendungen in die Türkei und ins östliche Mittelmeer kündigte schon an, was Kohl dann in seiner Regierungserklärung ausführlich begründete: Regierung und Konzerne wollen eine stärkere Weltmachtrolle des BRD-Imperialismus durchsetzen. Der Kriegskurs nach außen wird ergänzt durch eine Viel-

zahl von Strafgesetzen, Staatsschutzaufgaben und neuen Vollmachten insbesondere für die Behörden und Gewaltorgane des Bundes, falls es an der erforderlichen Zustimmung fehlen sollte. Ohne Opfer der Lohnabhängigen für Deutschlands Weltgeltung, für „eine neue Ordnung für Europa und die Welt“ (Kohl) wird es auch nicht abgehen.

Gleich zu Beginn richtete Kohl die Aufmerksamkeit auf eine weitere Krisenregion, in der deutsches Mitgestalten bald erforderlich sein könnte: „Diese Regierungserklärung fällt in eine Zeit, in der sich viele Menschen weltweit Sorge machen – wegen des Kriegs am Golf, aber auch wegen der Vorgänge im Baltikum.“ Ein Mitwirken der BRD in allen Weltgegenden sei unvermeidlich: „Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik.“

Für diejenigen, die das nicht hinnehmen wollen, werden die Staatsorgane scharf gemacht. Zum Beispiel müssen schon aus kriegswirtschaftlichen Gründen in (Vor-)Kriegszeiten alle Rüstungsgüter möglichst im Lande, zumindest aber unter Kontrolle bleiben. Kohl: „Zu unserer Verantwortung gehört auch, daß wir alles in unseren Kräften stehende tun, um illegale Rüstungsexporte zu unterbinden.“ Die Idee, mit dieser Aufgabe die Geheimdienste zu betrauen, stammt von Kanzleramtsminister Stavanhagen, dem Leiter der Geheimdienste. Weitere Vorhaben der Inneren Sicherheit sind:

– die Strafverfolgung bei Abtreibungen soll zügig auf die DDR ausgedehnt werden (Kohl: „Es gilt, eine gesamtdeutsche Lösung zu finden, die unserer Verfassung entspricht“);

– die im Anschlußgebiet begonnene Verfolgungswelle soll weitergehen (Kohl: „Es wird sehr viel länger dauern, die immateriellen Schäden aus der Zeit der SED-Diktatur zu beseitigen“);
 – die polizeilichen Vollmachten für die Verfolgung großer Menschenmassen und für den Einsatz von Spitzeln und Provokatoren sollen vermehrt werden (Kohl: „Rasterfahndung, polizeiliche Beobachtung, Einsatz verdeckter Ermittler und die Anwendung modernster technischer Mittel müssen auf eine verlässliche Rechtsgrundlage gestellt werden“);
 – die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz auf EG-Ebene gehört vertieft („Wir brauchen ... eine gemeinsame Politik in den Kernbereichen des polizeilichen und justizpolitischen Handelns ... nachdrücklich dafür eintreten, diese Kernbereiche in die Gemeinschaftsverträge einzubeziehen“).

Zugleich sucht das Kabinett systematisch nach Wegen, um den Zentralstaat gegenüber den Ländern und Kommunen zu stärken, zum Beispiel beim Aufbau eines Verwaltungsapparats im Anschlußgebiet: „Unbeschadet der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten sollten wir ... schnell zu ... Absprachen zwischen Bund und Ländern kommen.“ Schließlich bereitet die Regierung ein

ganzes Paket von Verfassungsänderungen vor. Es gehe darum, den Anforderungen des „Einigungsvertrages“ mit der DDR nachzukommen und „Änderungen, die für die Verwirklichung der Europäischen Union zweifellos erforderlich werden“, vorzubereiten, verkündete Kohl. Das ist äußerst vage. Asylrecht, Bundeswehreinsatz im Ausland? Kein Wort dazu in der Regierungserklärung. Lediglich das Verfahren, mit dem SPD und Länder eingebunden werden sollen, steht fest: „Bundestag und Bundesrat sollten aus ihrer Mitte ein paritätisch zusammengesetztes Gremium berufen, das gemeinsam darüber beraten soll, welche Verfassungsänderungen den gesetzgebenden Körperschaften vorgeschlagen werden.“

In der Wirtschaftspolitik gilt: „Vorrang für Investoren“. Die Vollmachten der Treuhandanstalt zur Zerschlagung von DDR-Unternehmen sollen ausgeweitet, die Ost-West-Verkehrsverbindungen rasch ausgebaut werden, um den Weg für die weitere Ostexpansion der BRD-Konzerne zu bahnen. Vor Lohnerhöhungen, zumal im Westen, wird gewarnt: „In dieser historischen Situation darf es nicht zu einer falschen Verteilung der knappen Mittel kommen.“ Ohne Opfer gibts eben keine Weltgeltung.
 — (rül)



Am 27.1. ließen Regierungskreise in Bonn verlauten, man sei zur Lieferung von Waffen an Israel bereit. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karsten Voigt erklärte, die SPD habe nichts dagegen. Der „Spiegel“ (5/91, S. 22) schreibt: „Die Deutschen sind längst Kriegspartei“ — mit Waffen, Munition und Logistik für die Koalition gegen den Irak. — (mke)

Tarifkampf im öffentlichen Dienst

Anwendung des Kriegsrechts auf Lohnkampf droht

Während der ersten Verhandlungsrunde der Lohnbewegung 1991 im öffentlichen Dienst hat Bundesinnenminister Schäuble die Forderungen der ÖD-Gewerkschaften als „unrealistisch“ zurückgewiesen. Ein Arbeitgeberangebot will er erst am 18. Februar vorlegen. Die für die Tarifgemeinschaft der Länder (Tdl) sprechende schleswig-holsteinische Finanzministerin Heide Simonis (SPD) bezifferte das Forderungsvolumen allein der ÖTV auf mindestens 20 Mrd. DM. Die aber werden für die Expansions- und Kriegspolitik der BRD dringend benötigt. So der Kommentar der Osnabrücker Zeitung: „Für zusätzliche Brisanz sorgt, daß der Bund wegen der Finanzierung der deutschen Einheit, der Osteuropahilfe und der noch nicht absehbaren Konsequenzen aus dem Golf-Konflikt finanziell gefordert ist wie nie zuvor.“ (26.1.91)

Diese „zusätzliche Brisanz“ schließt aus, daß ein halbwegs akzeptables Ergebnis auf dem Verhandlungsweg erzielt werden kann. Dr. Wulf-Mathies hat zwar erklärt, daß sich die ÖTV auf keinen „langen Verhandlungspoker“ einlassen werde, aber die politische Vorbereitung für einen Streik ist schwach und insbesondere der aktuellen Lage nicht angemessen. Gelingt es der Anti-Kriegsbewegung nicht, den endgültigen Kriegseintritt der BRD zu verhindern, steht der Regierung ein gesetzliches Instrumentarium zur Verfügung, gerade einen Streik im öffentlichen Dienst brutal zu unterdrücken. Ganze Bereiche wie Post, Bahn, Krankenhäuser etc. könnten

mit militärischer Gewalt aus der Streikbewegung herausgehalten werden. Ohne eine politische Kampagne gegen Dienstverpflichtungen jeder Art und ihre gesetzlichen Grundlagen kann die diesjährige Tarifauseinandersetzung nicht zum Erfolg geführt werden.

Aber auch andere gefährliche Spaltungslinien zeichnen sich ab. So erklärte der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Kroppenstedt, daß die Forderung des Bundesrates, in den neuen Bundesländern müsse den höheren Beamten

ein Gehalt von 49 % statt der von der Bundesregierung zugestandenen 35 %

eines vergleichbaren westlichen Gehalts gewährt werden, vor allem wegen der Tarifverhandlungen noch nicht vom Bundeskabinett übernommen worden sei. Auf deutsch: „Mäßig“ sich die ÖD-Gewerkschaften nicht in den westlichen Bundesländern, sollen Einkommensforderungen im Anschlußgebiet um so brutaler bekämpft werden.

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat die Bundesregierung aufgefordert, von den Beamten in den Tarifverhandlungen ein „korrespondierendes Opfer“ für die 2,5 %-ige Erhöhung der Arbeitslosenversicherungs-Beiträge zu verlangen. Dadurch sollen Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst doppelt getroffen werden: Von der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung sind sie unmittelbar betroffen, und ein Besoldungsabschlag hierfür bei den Beamten hätte mit Sicherheit auch Rückwirkung auf den Tarifbereich. — (kar)

Defaitistische Demonstration gegen den Golfkrieg



Mit über 200000 Teilnehmern setzte die bundesweite Protestdemonstration gegen den Golfkrieg am 26.1. in Bonn ein deutliches Zeichen. Unter den Kundgebungsrednern war auch ein

Kurde, der sich gegen die Verlegung der NATO-Eingreiftruppen in die Türkei wandte und die türkische Regierung hart angegriffen. — (uld, Foto: mz/af)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Bundesdelegiertenkonferenz: BWK-Frühjahrskonferenz 1991

Am 8. und 9. März findet in Köln die 11. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK statt. Ort der Konferenz ist das Jugendgästehaus Köln, An der Schanz 14, in Köln-Riehl. Beginn ist Samstag, der 8. März, um 8.00 Uhr. Anmeldungen der Landesdelegationen für Übernachtungen und Essen erfolgen durch die Landesvorstände. Vorschläge zur Tagesordnung, Anträge, Stellungnahmen an die BDK für die Delegiertenmaterialien müssen bis zur Sitzung des Präsidiums der BDK am 2. März um 10 Uhr in Köln eingetroffen sein.
 — (Präsidium der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK)

Sudetendeutsche Revanchisten hetzen gegen CSFR

Heftige Kritik hat die Landsmannschaft der Sudetendeutschen an den jetzigen Privatisierungsmaßnahmen der Regierung der CSFR geäußert. Die tschechoslowakische Regierung macht zwar die Bodenreform rückgängig und hat die Beschränkungen für privaten Bodenbesitz aufgehoben. Frühere Eigentümer können ihr Land kostenlos zurückbekom-

men oder finanzielle Entschädigung erhalten. Von der Privatisierung des Bodens sind jedoch Ausländer ausdrücklich ausgeschlossen. Der Revanchistenverband behauptet, diese Entscheidung befestige das an den „Vertriebenen“ begangene Unrecht. Er fordert die Aufhebung der Dekrete und Gesetze, durch die 1945 die Enteignung und Zwangsumsiedlung der Sudeten- und Karpatendeutschen rechtmäßig beschlossen wurde. — (uld)

Schmücker-Prozeß auf Kosten der Staatskasse eingestellt

Fünfzehn Jahre nach dem ersten Verfahren, in dem Ilse Schmücker zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist, hat das Berliner Landgericht den Prozeß „wege überlanger Verfahrensdauer und einer Fülle von Verfahrens-Hindernissen auf Kosten der Staatskasse“ — so die Pressemitteilung des Gerichts — auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Ilse Schmücker, die insgesamt elf Jahre Haft hinter sich hat, soll Haftentschädigung erhalten, ebenso drei weitere Mitanklägte, die 1976 zu Jugendstrafen verurteilt worden waren. Der Bundesgerichtshof hatte bereits drei frühere Urteile aufgehoben und unter anderem ge-

rügt, daß die Beteiligung des Verfassungsschutzes selbst an der Ermordung des Verfassungsschutzspitzen Ulrich Schmücker nie aufgeklärt worden ist. Die Generalstaatsanwaltschaft des Kammergerichts Berlin kann den Beschuß noch anfechten. — (uld)

Johanniter-Hilfsdienst auf dem Weg nach Osten

Der Johanniter-Unfall-Hilfsdienst, eine Mitgliedsorganisation des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, finanziert seine Tätigkeiten weitgehend aus Mitteln der Krankenversicherungen, aus Bundeszuschüssen und aus den Gebühren, die z.B. Rentner und Schwerbehinderte für Betreuung durch Zivildienstleistende beim JUH zahlen müssen. Präsident der JUH ist der Ex-Junker Wilhelm Graf von Schwerin, Bundesgeschäftsführer Andreas von Block-Schlesier. Der JUH hat bereits in großem Umfang in der sogenannten Rußlandhilfe tätig, jetzt bereitet die Organisation einen Schwenk vor: Schwerpunkt ihrer die Ostexpansion fördernden Aktionen sollen nun die baltischen Staaten sein, die Kommission für Sozialhilfe und Gesundheitswesen im lettischen Parlament habe um Hilfe gebeten. — (uld)

Ausschreibung: Urabstimmung im BWK-Landesverband Schleswig-Holstein

Hiermit schreibt der BWK-Bundesvorstand eine Urabstimmung gemäß § 15 des BWK-Statutes im Landesverband Schleswig-Holstein des BWK aus. Gegenstand der Urabstimmung ist die Bestätigung oder Ablehnung des Beschlusses der Mitgliederversammlung von BWK und VSP in Schleswig-Holstein vom 1.7.1990, der die Verschmelzung zu einem gemeinsamen Landesverband beschloß. Jedes Mitglied des Landesverbandes kann mit JA, NEIN oder Enthaltung abstimmen. Der Beschuß ist bestätigt, wenn sich mindestens zwei Drittel der Mitglieder an der Urabstimmung beteiligen und mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen JA-Stimmen sind. Die Urabstimmung wird als Briefwahl durchgeführt. Der Bundesvorstand sendet mit dieser Ausgabe der „Politischen Berichte“ jedem Mitglied des Landesverbandes die Wahlunterlagen. Stichtag für den Abschluß der Urabstimmung ist der 30. Tag nach dem Erscheinungsdatum dieser Ausschreibung in den „Politischen Berichten“. — (BWK-Bundesvorstand)

Aktuell in Bonn**Junker-Initiative**

Am 23. April wird das Bundesverfassungsgericht über die Beschwerde gegen den aufgrund des Einigungsvertrags (Anlage III), zurückgehend auf die gemeinsame Erklärung der Regierungen der DDR und der BRD vom 15.6.1990) neu in das Grundgesetz eingefügten Artikel 143 urteilen. Dort wurde festgelegt, die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 erfolgten Enteignungen nicht rückgängig zu machen. Beschwerdeführer ist der Haus- und Grundbesitzerverein, und es geht im wesentlichen um Ansprüche ehemaliger Großgrundbesitzer. Doch Ansprüche könnten auch wegen industrieller Vermögenswerte angemeldet werden.

Weizsäckers „Nein“

Im Mai letzten Jahres beschloß der Bundestag (Bundesrat: Juni) ein Gesetz zur Privatisierung der Flugsicherung über den Weg, ihren Behörden-Status in den einer staatlichen GmbH umzuwandeln. Doch am 24.1.1991 verweigerte der Bundespräsident von Weizsäcker — erstmals — seine Unterschrift. Die Begründung ist die gleiche, mit der damals ein Verfassungsrechtler die Unvereinbarkeit dieser Privatisierung mit Bestimmungen des Grundgesetzes belegte: Die Arbeit der Fluglotsen habe „sonderpolizeilichen“ Charakter und stelle eine Ausübung von Hoheitsrechten dar. Die Bundesregierung will die Privatisierung bis spätestens zum vorgesehenen Zeitpunkt, dem 1.1.1993, dennoch durchziehen. Für eine entsprechende Grundgesetz-Änderung braucht sie auch die Stimmen der SPD, die bereits ihre Zustimmung signalisierte.

Schnüffler gegen Todeshändler?

„Wehret den Anfängen“ — in aller Schärfe wandte sich Burkhard Hirsch (FDP) gegen den Vorschlag des Staatsministers im Kanzleramt Lutz Stavenhagen, den Verfassungsschutz gesetzlich zu ermächtigen, gegen illegale Rüstungsexport zu ermitteln. Ausgedehnte Schnüffeleien ohne die — für normale Polizeiorgane geltende — Notwendigkeit, einen Anfangsverdacht zu begründen, würden den Rechtsstaat gefährden. Weiters Spatenpolitiker der FDP und der SPD schlossen sich der Kritik an, Vertreter der CDU/CSU verteidigten hingegen vehement die Pläne Stavenhagens. Außenminister Genscher (FDP) forderte „tiefgehende Eingriffe“ in das Außenwirtschaftsgesetz zu rüstungsrelevanten Exportgütern; er hoffe, daß es nun hierzu keine Widerstände mehr in Wirtschaft und Politik geben würde.

Kriegssteuer

Bundesumweltminister Töpfer (CDU) erklärte am vergangenen Wochenende, die nach dem Krieg am Golf anstehende Hilfe zum Wiederaufbau erfordere finanzielle Opfer von allen. Fallende Ölpreise sollen nicht „an die Endverbraucher weitergegeben“ werden, sondern

eingefroren oder auch erhöht werden — durch entsprechend erhöhte Steuern. Auch Finanzminister Waigel (CSU) sprach erstmals von möglichen „Steuererhöhungen“ im Zusammenhang mit dem „deutschen Beitrag zum Golfkrieg“, nicht aber sei dies für die „Finanzierung der deutschen Einheit“ erforderlich.

Steuerforderungen

Die ÖTV hat die Steuerpolitik der Regierung angegriffen. U.a. fordert die Gewerkschaft eine stufenweise Aufhebung des Ehegattensplittings, die Abschaffung der Kinderfreibeträge, stattdessen Anhebung des Kindergeldes auf mindestens 200 DM je Kind. Der Spitzenteuersatz soll von 53 % auf 56 % angehoben werden, der Grundfreibetrag auf 8000 DM für Ledige und 16000 DM für Verheiratete angehoben werden und die Steuerklasse 5 abgeschafft werden. Außerdem verlangt die ÖTV die Steuerfreiheit für Streik- und Aussperrungsunterstützungen und die Abschaffung des Progressionsvorbehalt für Lohn- und Einkommensersatzleistungen wie Arbeitslosengeld u.ä.

Wandlitz ohne Zaun

1967 gab es 7 parlamentarische Staatssekretäre. Mit der Regierungsbildung im Januar 1991 sind es 33. Wegen der Vereinigung mußte man auch ostdeutsches Personal mit lukrativen Posten bedienen — West-Verzicht läuft nicht, also müssen neue Töpfe aufgemacht werden, 25000 Mark im Monat pro Nase. Auch entlassen werden lohnt sich: Ministerialdirektor Dettling (CDU) erhält noch drei Monate seine vollen Bezüge, dann fünf Jahre lang Dreiviertel, 12000 Mark!

Treuhand: Neue Vollmachten

Weitere Vollmachten für die „Treuhand“ zur Zerschlagung von DDR-Unternehmen sieht ein Referentenentwurf des Justizministeriums vor, den dieses Mitte Januar vorlegte. Der DGB hat den Entwurf kritisiert. Für die Beschäftigten und die Gewerkschaften bestünden keine Möglichkeiten, Vermögensverschreibungen zwecks Verhinderung von Sozialplanzahlungen zu stoppen. Die Beschlüsse zur Aufspaltung sollen in dem Referentenentwurf ohne jede gewerkschaftliche Mitwirkungsmöglichkeit erfolgen können. Der DGB fordert Mitspracherechte der Gewerkschaften.

Was kommt demnächst?

Am 30.1. trägt Kohl im Bundestag seine Regierungserklärung vor. Anschließend beginnt die zweitägige Diskussion über diese Aussprache. Daran schließen sich zwei sitzungsfreie Wochen des Bundestags an, in denen also die Regierung, sollte nicht die Opposition eine Sonderaufsicht verlangen, freie Hand bei ihrer Golfpolitik hat. Die nächste Sitzungswoche des Bundestags beginnt dann am 18. Februar. Vorher, am 15. Februar, tritt der Bundesrat zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Sonderopfer für Osten, Umwelt . . .**Dokumentiert: Aktuelle Absichten der Kapitalisten gegen die Arbeiterbewegung**

Hohe Anforderungen stellen sich den Belegschaften in der Metallindustrie, wenn sie sich gegen die Angriffe aus Wirtschaft und Politik behaupten wollen. Die Lage ist, daß produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse wieder hochgejubelt werden, daß die Regierung in der Arbeitszeit- und in der Sozialpolitik Änderungen in größerem Maßstab anstrebt,

daß Opfer für die DDR und für die Umwelt verlangt werden. In folgenden dokumentierten Texten kommen Stumpfe von Gesamtmetall, Stihl vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und Murmann von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu Wort. — (has/ros, AGM)

Gesamtmetall gegen Umverteilung

„Nach Meinung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall lassen Erklärungen von Funktionären der IG Metall befürchten, daß für die Tarifrunde 1991 eine massive „Umverteilungsquote“ gefordert werde. Behauptungen über „Gewinnexplosionen“ und „Riesenprofite“ sollten der Öffentlichkeit suggerieren, daß in den vergangenen Jahren Gewinne nutzlos in die Kassen der Unternehmen angehäuft würden, die besser an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden könnten.“

Der Präsident von Gesamtmetall, Dr. W. Stumpfe, erklärt dazu, daß die westdeutsche Metall- und Elektroindustrie zwar vollbeschäftigt sei. Im Jahre 1990 habe die Produktion um 6 % zugenommen, die Zahl der Beschäftigten sei um 15000 gestiegen. Es habe sich wieder einmal bestätigt, daß Investitionen und das darauf gestützte Wachstum die einzige tragfähige Grundlage für mehr Beschäftigung seien.

Doch sind nach Stumpfe nunmehr Risiken erkennbar: Die Märkte im Osten seien weitgehend weggebrochen. Wichtige Abnehmerländer im Westen littten unter Konjunkturschwäche, wie die USA und Großbritannien. Die DM-Aufwertung gegenüber Dollar und Yen bringe weniger Aufträge aus dem Ausland und verschärfe die Preiskonkurrenz.

Für die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften heißt das in der Lohnpolitik: realistisch bleiben und keine Erwartungen zu wecken, für die es keine wirtschaftliche Basis geben könnte. Nur was 1991 mit der Aussicht auf Absatzfolg zusätzlich erwirtschaftet werde, dürfe man auch als verbindlichen Maßstab in den Tarifvertrag schreiben. Und da sei in den westdeutschen Bundesländern für 1991 nicht mehr mit den Zuwächsen der Vergangenheit zu rechnen. Die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie stehe unter enormem Anpassungsdruck. 40 % weniger Produktion, Kurzarbeit für die Hälfte der Beschäftigten und große Unsicherheit über die weiteren Exportmöglichkeiten kennzeichnen die Situation.

Starke Lohnerhöhungen wären unter diesen Umständen für viele Betriebe der endgültige Todesstoß. Vordringlichste Aufgabe der Tarifpolitik sei es hier, neue Lohnstrukturen einzuführen, die eine leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter brächten. 1991 müsse das

Jahr höherer Investitionen werden . . .“
Quelle: Handelsblatt, 16.1.91

Stihl, DIHT-Präsident: „Steuererleichterung für Unternehmen“

„Im November einigten sich sämtliche 34 Staats- und Regierungschefs der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auf eine völkerrechtlich bindende „Charta von Paris“, in der neben der Demokratie auch die Marktwirtschaft als Leitbild für ein neues Zeitalter festgeschrieben wird . . .“

Wir brauchen weniger Subventionen und nicht mehr Subventionen. Wir brauchen Steuererleichterung für die Unternehmen, keine Steuererhöhungen. Wir brauchen keine aktive Strukturpolitik des Staates, sondern verlässliche Rahmenbedingungen für aktive Unternehmen.

Diese Rahmenbedingungen zu schaffen ist eine wichtige und schwierige Aufgabe. Wer für mehr Ordnungspolitik eintritt, möchte deshalb keineswegs den Staat abschaffen. Ganz im Gegenteil: Auch die Unternehmen sind auf einen funktionierenden Staat angewiesen, der verlässliche Rahmenbedingungen setzt.

Gerade weil die Schaffung eines geeigneten Ordnungsrahmens für die Wirtschaft so bedeutsam ist, muß der Staat sich auf diese Aufgabe konzentrieren . . .

1. Auf europäischer Ebene muß der freie Markt zum Leitbild der Politik werden. Wir brauchen kein Europa der Bürokratien, wir brauchen einen europäischen Ordnungsrahmen, der die Marktkräfte zur Entfaltung bringt. Europa muß offen nach innen wie nach außen sein.

2. Die Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren, wird auch in den nächsten Jahren umweltpolitische Maßnahmen erfordern. Wir müssen von bürokratischen Regeln wegkommen und marktadäquate Lösungen finden.

3. Wir brauchen einen freien Welthandel. Nur dieser erlaubt es allen Ländern, ihre komparativen Vorteile zu nutzen. Alle Versuche, den freien Welthandel zu beschränken oder zu verzerrern, führen nur zu Wohlstandsminderungen.

Die deutsche Wirtschaftspolitik steht in den nächsten Jahren vor großen Aufgaben. Gelingt es ihr, sie mit Erfolg zu bewältigen, hat die Soziale Marktwirtschaft alle Chancen, zu einem konkurrenzfähigen Exportprodukt „made in Germany“ zu werden!“

Zitiert aus: Handelsblatt vom 31.12.1990

Murmann, Präsident des BDA: Tarifpolitik zur Differenzierung

„Die Qualifizierungsoffensive, die einen wesentlichen Beitrag zur arbeitsmarktpolitischen Bewältigung des strukturellen Wandels in der ehemaligen DDR leistet, muß nicht nur intensiviert, sondern auch strukturell umgestaltet werden. Die Anreize zur Qualifizierung sind zu gering, so daß bisher nur ein geringer Bruchteil der in Kurzarbeit befindlichen Arbeitnehmer daran teilnimmt. Dies muß im nächsten Jahr geändert werden.“

Schließlich hat die Tarifpolitik ihren Beitrag dazu zu leisten, daß die fünf neuen Bundesländer nicht nur ein Absatzgebiet werden, sondern sich zu einem attraktiven Investitionsstandort entwickeln. Erforderlich ist eine schrittweise Angleichung von Löhnen und Gehältern im Rahmen der Zunahme der Leistungskraft der Unternehmen.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß ein schneller Angleichungsprozeß zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet. Lohnerhöhungen zu Lasten der Zahl der Arbeitsplätze sind kein gangbarer Weg zur Bewältigung der Umstellungsprobleme. Lohnpolitisch vordringlich sind tarifliche Vereinbarungen, die eine größere Differenzierung bei den Qualifikationen durchsetzen.

All dies muß eingebettet sein in eine solide Finanzpolitik. Zwar ist eine vorübergehende Ausweitung der Kreditaufnahme der öffentlichen Hand angesichts des Investitionscharakters der Ausgaben in die deutsche Einheit durchaus vertretbar, aber am grundsätzlichen Ziel einer Rückführung der Staatsdefizite darf kein Zweifel aufkommen. Diese Rückführung muß in erster Linie durch eine strikte Ausgabendisziplin und eine konsequente Privatisierungspolitik erfolgen. Steuererhöhungen sind hingegen kontraproduktiv, schmälern sie doch die Wachstumsgrundlagen unserer Volkswirtschaft und damit die zukünftigen Steuereinnahmen.

Vor uns liegen viele und große Aufgaben. Doch sie sind zu bewältigen. Das Fundament ist mit dem Staats- und Einigungsvertrag sowie dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz solide gelegt. Es kommt jetzt auf entschlossenes Zutun aller an.“

Zitiert aus: Handelsblatt vom 31.12.1990

Jeder 4. Wahlberechtigte hat nicht gewählt**Ergebnisse der Landtagswahlen am 20. Januar in Hessen**

Knapp gewann die SPD die Landtagswahlen in Hessen: mit den GRÜNEN bekam sie 60920 Stimmen mehr als CDU / FDP. Sie hat jedoch gegenüber 1987 116923 Stimmen ver-

loren. Die Wahlbeteiligung ist mit 70,8 Prozent die niedrigste seit 1950. Durch das hessische Parlament vertreten sind nur 53 Prozent der Bevölkerung.

In Frankfurt lag die Wahlbeteiligung bei nur 66,3 % (1987 75,7 %), in Wiesbaden bei 65,9 %, in Offenbach bei 62,8 %. Beachtlich ist die hohe Zahl der ungültigen Stimmen. Gegenüber 1987 33808 1987 stieg sie auf 54589 (1,8 %).

Die Erklärung der Parteien für ihren Wahlsieg bzw. -niederlage ist ziemlich einheitlich: der Golfkrieg ist schuld. Relativ sicher kann man dieser These nur für die GRÜNEN zustimmen, sie sind in der Zeit, in der der Krieg Realität geworden war, wohl von vielen Menschen bewußt wegen ihrer Aufrufe für Kriegsdienstverweigerung und gegen den Einsatz deutscher Soldaten gewählt worden.

Sie kamen auf 8,8 % = 311 395 Stimmen (49215 weniger als 1987). Eher unwahrscheinlich ist, daß Fischers „Realo-Kurs“ und nicht die linken GRÜNEN in Hessen ausschlaggebend war, denn die, die aktiv für Kriegsdienstverweigerung eingetreten sind, waren nicht speziell Realo-GRÜNE. Joschka Fischer wirbt jetzt dafür, keinen „Antiamerikanismus“ in den Friedensdemos zu vertreten und auch das Existenzrecht des Staates Israel zu verteidigen.

Kanzler Kohl nahm seinen hessischen Ministerpräsidenten Wallmann nach der Wahl in Schutz: Er selbst habe bei Wahlveranstaltungen in Hessen erleben müssen, wie stark der CDU der Protest der Veranstaltungsteilnehmer gegen die Unterstützung der USA durch die Bundesregierung entgegengeschlagen sei. Diese Emotionen seien ungünstig für den jetzigen „Vernunftkurs“ der CDU gewesen.

Die FAZ vom 21.1.91 bettet die Wahlnerlage der CDU in das gesamte, mangelhafte Echo der Wähler auf den DDR-Anschlußkurs ein: „Das festhaltende Ergebnis ist: Kohl und die CDU als Kanzler und Partei der Deutschen Einheit haben nicht den Erfolg, den man hätte erwarten können.“ Gleichzeitig wirft sie den Wählern mangelndes Engagement für die Profite der hessischen Wirtschaft vor: „Unter Wallmann ist das Land in die Spitzengruppe der Bundesrepublik zurückgekehrt. Aber derartiges spielt, wie man gesehen hat, eine untergeordnete Rolle.“

Festhalten muß man auch, daß die Re-

publikaner hessenweit auf 1 bis 2 % kamen. Etwas mehr erhielten sie in Wiesbaden, Frankfurt und Offenbach. Sie sind praktisch überall gewählt worden. SPD und GRÜNE haben die noch bis zum April amtierende CDU/FDP-Landesregierung aufgefordert, keine wichtigen Entscheidungen mehr zu treffen. Das betrifft u.a. die abschließende Genehmigung für die Plutoniumverarbeitung im Hanauer Siemens-Brennlelementwerk.

Viele hessische SPD-Wähler setzen ihre Hoffnung auf einen sozialeren Regierungskurs in Bereichen wie Schulpolitik, Behandlung der Ausländer, Wohnungsbau. Die SPD tritt für Gesamtschulen ein. Nachdem die CDU die hessische Pflicht-Förderstufe (Klasse 5 und 6 für alle Schüler gemeinsam) 1987 abgeschafft, setzen viele Lehrer und Eltern gegen die frühzeitige nationale Elitebildung der CDU auf die Gesamtschulpolitik. Einige SPD-Politiker haben sich örtlich, auf Kreisebene und im Petitionsausschuß des hessischen Landtags gegen die Abschiebung von Ausländern eingesetzt. — (rst,udi)

Will ÖTV Sekretär entlassen?**Bochumer Gewerkschaftssekretär beurlaubt**

Der Bochumer Gewerkschaftssekretär Norbert Kramer-Berning ist von der ÖTV beurlaubt worden. „Unsere Zeit“, Zeitung der DKP, berichtet: „Der Vater von zwei Kindern hat seit Jahren eine untadelige Arbeit geleistet . . . Doch dann kam es einigen im DGB-Kreisvorstand Bochum-Herne in den Sinn, einen eigenen Wahlaufruf zur gesamtdeutschen Wahl herauszugeben. Einigen — denn die Vorstandssitzung war bei weitem nicht beschlußfähig, und die anwesenden Vertreter erhielten nicht einmal den Text des geplanten Flugblatts ausgehändigt. Dennoch wurde der Aufruf, der stark von den Wahlprüfsteinen des DGB-Bundesvorstandes abwich, veröffentlicht. Jetzt wird Kollegen Kramer-Berning vorgeworfen, den Aufruf nicht verbreitet zu haben. Er hielt es offenbar nicht mit seinem Gewissen für vereinbar, Hausbesitzer und solche Leute, die „Angriffe auf Soldaten“ starten, mit Neonazis in einen Topf zu werfen, wie es in dem Flugblatt geschah. Zugleich wurden in schlimmster Totalitarismustradition „extremistische Parteien, egal welchen Flügels“ in einen Topf geworfen — und die PDS diffamiert . . . Inzwischen hat der Betriebsrat der ÖTV gegen die Beurlaubung des Gewerkschaftssekretärs protestiert — dem

Betriebsrat war jede Information und Mitsprache verweigert worden. Zudem wunderten sich die ÖTV-Kreisvorstandsmitglieder über die Beurlaubung und die von manchen Vorgesetzten geplante Entlassung. Sie hatten mit Mehrheit im Kreisvorstand nur gestörtes Vertrauen zu Kramer-Berning bekundet — von personellen Konsequenzen steht nichts in dem Beschuß. Dennoch gaben die Vorgesetzten dem statutenwidrigen Vorgehen statt und im Widerspruch zum Gedanken der Einheitsgewerkschaft dem beurlaubten Kramer-Berning zu bedenken, daß man angeblich keine Verwendung für den bewährten Sekretär in einem ÖTV-Arbeitsgebiet mehr habe. Soll es ihm ergehen wie dem IG-Metall-Gewerkschafter Henn, der für die PDS in den Bundestag einzog, dann aber entlassen wurde? In Bochum fragen viele auch, ob nun ein weiterer Fall Peter Jaszcyk aufgetreten wird, den die Gewerkschaft zwar nicht entlassen kann, weil dieser Betriebsrat und Ex-PDS-Bundestagskandidat bei Opel arbeitet, den sie aber gemeinsam mit Dutzenden Kolleginnen und Kollegen aus der IG Metall ausschließen will. Diese Kollegen waren zu rechten „Sozialpartnern“ in der Organisation in Distanz gegangen.“ Quelle: Unsere Zeit, 28.1.1991 — (wld)

Golfkrieg: Bekämpft den Kriegseintritt der BRD!

Weitere Truppenentsendungen in die kurdischen Gebiete der Türkei / Rüstungslieferungen werden ausgeweitet / Transall-Piloten sind schon im Golf-Einsatz

Trotz heftiger Proteste hat das Bundeskabinett eine Ausweitung des Bundeswehreinsatzes im Golfkonflikt beschlossen. Weitere Soldaten werden in die kurdischen Gebiete an der türkisch-irakischen Grenze und ins östliche Mittelmeer verlegt, das Gesamtpersonal der BRD-Truppen in dieser Region steigt auf 1500 Mann. Immer mehr weitet sich der Konflikt aus zu einem großen Krieg der NATO (einschließlich Japans) gegen eine ganze Region der Dritten Welt. Dabei kann auch die rechte Presse die Absicht des Westens, den Irak wirtschaftlich zu vernichten und territorial zu zerstören, nicht mehr verborgen. Özals Ankündigung: „Wenn der Krieg endet, ist die Türkei Führungsmacht“ („FAZ“ vom 25.1.) ging durch die Presse, ebenso die darauf abzielende Propagandamaßnahme, die kurdische Sprache wieder zuzulassen. Offenbar beabsichtigt die Türkei, parallel zur Intensivierung des Kolonialkriegs gegen die Kurden auf ihrem „eigenen“ Staatsgebiet als „Befreier der Kurden“ vom irakischen Joch gegen Bagdad zu

marschieren. Dabei will die Bundesregierung unbedingt dabei sein.

Gegenüber dieser immer unverhüllteren Aggression hält sich bis hinein in die SPD die notwendige und legitime Widerstandsposition, daß dies ein völkerrechts- und verfassungswidriger Aggressionskrieg ist, der u.a. gegen Artikel 26 GG verstößt. Die Konsequenz, die Regierung wegen Bruch von Verfassung und Völkerrecht unter Anklage zu stellen, zieht bisher freilich keine der im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Waffen- und Finanzhilfen und Truppenentsendungen der BRD haben ein Ausmaß erreicht, daß diese vermutlich völkerrechtlich längst Kriegspartei ist, ohne den Krieg erklärt, geschweige denn im Bundestag mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit beschlossen zu haben. Bundesdeutsche Transall-Piloten fliegen bereits Nachschubflüge direkt an den Golf.

Der Widerstand gegen den Kriegskurs der Regierung steht vor

schweren Aufgaben. Innere Notstandsmaßnahmen nehmen zu: angefangen von der Sicherung von Rüstungseinrichtungen und -industrie über die Propagierung der geheimdienstlichen Kontrolle der Wirtschaft bis hin zu direkten Vorbereitungen auf Dienstverpflichtungen. Die durch den für die Geheimdienste zuständigen Staatssekretär im Kanzleramt losgetretene Kampagne zur Geheimdienstkontrolle über Rüstungsexporte bereitet die Inkraftsetzung des „Wirtschaftssicherstellungsgesetzes“, eines der 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze, vor. Auf dieser Seite, auf Seite 10 und in der beiliegenden Sondernummer des „Kurdistan-Rundbriefs“ haben wir versucht, eine Übersicht über die Fortentwicklung des Konflikts in den kurdischen Gebieten, über den Widerstand dort zu liefern und Argumente und Beschlüsse gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD zusammenzutragen. Zusätzliche Exemplare der Sondernummer des „Kurdistan-Rundbriefs“ können beim Verlag bestellt werden. — (huh, rül)

Union palästinensischer Frauenkomitees: Interview

Das folgende Interview wurde von der Redaktion des in Hamburg erscheinenden „Palästina-Info“ am 22.1.1991 telefonisch mit einer Vertreterin der Union palästinensischer Frauen in Jerusalem geführt und uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt. — (red.)

Palästina-Info: Kannst Du bitte die Situation seit Ausbruch des Krieges beschreiben? Wie ist die Stimmung in den besetzten Gebieten?

Antwort: Die Menschen hier haben erwartet, daß der Krieg tatsächlich stattfinden wird. Bei den meisten Leuten konntest Du — als der Krieg dann begann — sehen, daß sie stärker wurden und ihre Angst verloren. Schon vor Kriegsbeginn gab es Nachrichten, daß mit israelischen Angriffen auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu rechnen sei. Das Palestinian Human Rights Information Center in Jerusalem verbreitete am 11. Januar einen dringenden Aufruf zum Schutz der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten. Darin wurde die Weltöffentlichkeit, die sich angesichts des auslaufenden Ultimatums am 15. Januar auf die Situation am Golf konzentrierte, darauf aufmerksam gemacht, daß die UNO ihr Personal aus den besetzten Gebieten abgezogen hat.

Peace Now berichtete auf Grundlage von Informationen, die aus Siedlerkreisen nach außen gedrungen waren, daß militärische Einheiten von Siedlern im Reserviertief der Armee in der Westbank eine „Massenevakuierung“ von Palästinensern planen. In einem Tele-

gramm an den Stabschef der israelischen Armee vom 9. Januar erklärte Peace Now, „daß sogar eine kleine Gruppe, die solche Pläne entworfen hat, diese ausführen kann, wenn die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit abgelenkt ist“. Schlomo Gazit, Geheimdienstchef von 1974 bis 1978, erklärte, die die Palästinenser betreffende militärische Antwort auf den Krieg sollte sehr harsch ausfallen.

Über die gesamten besetzten Gebiete wird kein Luftalarm gegeben, und an die PalästinenserInnen wurden keine Gasmasken verteilt. Es gibt aber ein eigenes Warnsystem über Kontakte in Jerusalem. Insgesamt ist die Atmosphäre ruhig, aber sehr angespannt. Wir hörten auch von den Demonstrationen in Europa und den USA. Das ist sehr ermutigend für uns.

Frage: Ist es möglich, die Grundbedürfnisse der Menschen wie Nahrung und Medizin für die Menschen in der Westbank und dem Gazastreifen zu organisieren?

Antwort: In den ersten drei Tagen wurde die Ausgangssperre noch einmal für zwei Stunden aufgehoben. Noch gibt es keine Anzeichen von Lebensmittelknappheit, aber dies wird sich sehr bald ändern, besonders in den Lagern, weil die Menschen dort kein Geld haben, um Vorräte zu kaufen. Wir versuchen nun, uns gegenseitig bei der Beschaffung von Lebensmitteln und der medizinischen Versorgung zu helfen.

In Nablus wurde bereits angekündigt,

dass die Ausgangssperre noch sehr lange andauern werde. Sie soll alle paar Tage für ein oder zwei Stunden aufgehoben werden. Von Tel Aviv hören wir, daß alles geschlossen ist und die Menschen die Stadt verlassen. Die Kriegsangst herrscht eher unter den Israelis als unter den Palästinensern. Sie haben Angst, daß es zu einem neuen Ausbruch der Intifada kommt, wenn die Palästinenser mehr als zwei Stunden auf die Straße dürfen.

Frage: Denkst Du, daß Israel in den Krieg eingreifen wird, und wie wird sich die israelische Entscheidung auf die Situation der PalästinenserInnen auswirken?

Antwort: Israel ist jetzt schon Kriegsteilnehmer und wird es über kurz oder lang auch offiziell sein. Israelische Militärflugzeuge sind inzwischen in Saudi-Arabien stationiert, und der Himmel über dem Libanon ist voller israelischer Flugzeuge. Und uns, die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, haben sie als Geiseln genommen.

Frage: Wie sieht Ihr die weitere Entwicklung?

Antwort: Für uns ist eines sehr klar. Die USA und ihre Verbündeten führen keinen Krieg zur Befreiung Kuwaits, sondern für die Erhaltung ihrer Macht in der Region. Bush sagt, daß er eine neue Weltordnung anstrebt, aber auf was ist diese neue Weltordnung gebaut? Sie fängt an mit Tod und Zerstörung. Das ist keine neue Welt, sondern wir werden um hundert Jahre zurückgeworfen.

Waffen- und andere Hilfe der BRD

Mindestens 5,3 Milliarden DM Waffen- und Finanzhilfe hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben bisher schon für die westliche Aggression am Golf gezahlt — weitere 8,3 Milliarden DM sind jetzt zugesagt. Nicht veranschlagt sind dabei die Unterstützungsleistungen — z.B. durch Waffen- und Munitionstransporte der Bundesbahn — im Rahmen des WHNS-Abkommens. Im folgenden haben wir versucht, eine — unvollständige — Übersicht über das schon jetzt erreichte Ausmaß der BRD-Beteiligung am Krieg zu erstellen. Auffällig ist die Konzentration auf Militärhilfen für die Türkei und Israel, auf Regime also, die einen blutigen Kolonialkrieg gegen die Bevölkerung auf dem von ihnen reklamierten Staatsgebiet führen: Die Türkei gegen die Kurden, Israel gegen die Palästinenser. Die Übersicht macht deutlich: Auch ohne formelle Kriegserklärung ist die BRD bereits Kriegspartei am Golf.

Bereits Ende letzten Jahres erhielt das Regime Özal u.a. 80 Leopard-I-Panzer, 350 Bergepanzer M 113, Brückenlegepanzer, Pioniermaterial und ABC-Schutzausrüstung im Wert von 700 Mio. DM. Diese Waffen setzt die türkische Armee schon ein: Gegen den kurdischen Befreiungskampf in den von der Türkei besetzten Gebieten Nordwest-Kurdistan. An die USA und Großbritannien wurden 71 „Spürpanzer“ vom Typ „Luchs“ ausgeliefert. Für ihre Terrorbombardements gegen irakische Ziele kann die westliche Luftwaffe ebenfalls auf Bundeswehrbestände zurückgreifen: auf die „Streubombe“ BL-755 etwa und auf weiteres Bombenmaterial, das gegen gepanzerte und „leichte gepanzerte“ Ziele einsetzbar sein soll. Schon im Herbst lieferte die Bundesregierung für 480 Mio. DM Waffenbestände der NVA an die US-Armee: Flammenwerfer und anderes „leichtes“ Kriegsmaterial.

Personell ist die Bundeswehr bereits vielfältig im Einsatz: Zusätzlich zu den in der Türkei und Kurdistan sowie im östlichen Mittelmeer eingesetzten Einheiten (zusammen 1500 Mann) übernehmen bundesdeutsche Transall-Maschinen „Routineflüge“ der US-Luftwaffe innerhalb Europas. Sie fliegen auch direkt Nachschub an den Golf.

Auch im „zivilen Bereich“ nehmen die Kriegsvorbereitungen Gestalt an: 50 Sanitäter und Fernmeldetechniker des DRK starteten am 26. Januar in die Türkei, um den Aufbau eines Lagers für 10000 Flüchtlinge vorzubereiten. Am 20.1. berichtete „Bild am Sonntag“, die Bundesregierung plante die Entsendung von Ärzten, Sanitätern und Lazarett-Einrichtungen. Zusätzlich sollten „Freiwillige“ des (paramilitärischen, dem Innenministerium unterstehenden) THW an den Golf geschickt werden. Auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und Kandidat für den SPD-Vorsitz, Engholm, hat die Entsendung von Sanitätern an den Golf unterstützt.

Am 17. Januar begann in Hessen die Verlegung von US-Zivilpatienten aus amerikanischen Kliniken in bundesdeutsche Krankenhäuser. Gleichzeitig begannen in Frankfurt Gespräche zwischen US-Army-Vertretern und bundesdeutschen Gesundheitsämtern über Vorsorgemaßnahmen für den „Notfall“.

Schließlich soll das zionistische Siedlerregime Israel weiter gerüstet werden: Den 250 Mio. DM „humanitärer Hilfe“, die Genscher bei seinem Besuch in Tel Aviv zusagte, sollen Waffenlieferungen folgen.

Kohl am 14. Januar im Bundestag: „Gerade wir Deutschen wissen nur zu genau, was Krieg bedeutet. Deshalb setzen wir uns leidenschaftlich dafür ein, wenn irgend möglich eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden.“

Die PDS/Linke Liste im Bundestag zum Golfkrieg

Ungeachtet der weltweiten Besorgnis, der leidenschaftlichen Proteste wird der Krieg am Golf fortgesetzt. Soldaten sterben, in jeder Stunde, ja in jeder Minute werden Frauen, Männer und Kinder erschlagen. Unwiederbringliche Zeugnisse der Menschheitskultur versinken in Schutt und Asche. Unsätzbare materielle Werte werden zerstört und ökologische Katastrophen heraufbeschworen. Die Kriegsbestie wütet weiter.

Der bisherige Verlauf des verbrecherischen Kriegsabenteuers bestätigt leider unsere Warnungen, die Voraussagen aller vernünftigen Menschen.

1. Auch der angekündigte Blitzkrieg wäre ein Verbrechen gewesen, aber selbst diese Ankündigung erwies sich als Schall und Rauch. Ein Ende des Morde ist nicht abzusehen. Bei angeblich normalem Verlauf, so gestehen jetzt selbst die Generäle und ihre zivilen Oberbefehlshaber ein, wird der Krieg noch Monate andauern. Monate, die aus vielen Tagen bestehen, an denen Tod und Verderben gesät werden, der Krieg seine Ernte einbringt.

2. Der Krieg weitet sich aus. Schon wurde Israel zum Opfer von verabscheudwürdigen Raketenangriffen, die Türkei zur Ausgangsbasis US-amerikanischer Luftangriffe. Es wächst die Gefahr, daß der Irak auch auf dieses Land zurückschlägt, worin viele den sogenannten Bündnisfall sehen würden, um die NATO und damit auch Deutschland in den Krieg zu reißen. Aber allein schon der Gedanke, daß Deutschland, 45 Jahre nach dem 2. Weltkrieg und 4 Monaten nach seiner Vereinigung, in einen Krieg einztritt, ist unerträglich. Ein solcher Schritt wäre durch nichts zu rechtfertigen.

3. Der Krieg fordert größte Opfer auch unter der friedlichen Zivilbevölkerung. Bush und Hussein verschweigen alle Angaben. Aber die Zahl der

Gemordeten, der Verstümmelten wird davon nicht geringer, es sind bereits Hundertausende. Die Angriffe der USA und ihrer Alliierten kommen einem Völkermord gleich. Wer mißt das Meer an Blut, an menschlichem Leiden, das nicht sinkt, sondern ansteigt?

4. Auch ökonomisch führt der Golfkrieg bereits zu einer Katastrophe. Jeder Kriegstag kostet die USA und ihre Verbündeten über 500 Millionen Dollar.

Es steigen die Profite der Rüstungskonzerne, es sinken die Chancen der sozial Schwachen auf ein menschenwürdiges Leben.

Die Bundesregierung kündigt neue Milliardensummen zur Finanzierung des Krieges an, die in unserem Land für die Lösung ökonomischer und ökologischer Probleme dringend benötigt würden. Wieviel Elend, Hunger, Kindersterben könnten mit diesen Milliarden in der 3. Welt verhindert werden? Dafür unsere Solidarität — für das Morden am Golf keine Mark, keinen Pfennig. Eine Kriegssteuer lehnen wir kategorisch ab!

5. Die Zerstörung der menschlichen Umwelt durch den Krieg ist schon keine Bedrohung mehr, sie ist in vollem Gang. Jeder Raketenrichter vernichtet ein Stück unserer Erde, jeder Bombeneinsatz, jede Explosion — einen Teil der Atmosphäre. Produktionsstätten für chemische Kampfstoffe, Atom anlagen werden zerstört. Wohin entweichen die Gifte und radioaktiven Gase? Noch verdunkeln brennende Erdölbohrstellen nicht den Himmel über ganzen Regionen, aber die Zünden sind eingestellt, die Zeituhr läuft, die Gefahren für fundamentale Existenzbedrohungen der Menschheit wachsen.

6. Erschreckend ist der moralische Verfall. Die Informations- und Nachrichtenzensur der kriegsführenden Seiten verdeckt die grausame Realität des Krieges, die Berichterstattung vieler Medien

Bonn, den 24.1.1991



Internationale Umschau

Knapp zweieinhalb Monate nach dem Aufstand der Mohawk-Indianer (Bild) hat die kanadische Polizei neue Provokationen gegen die Indianer gestartet. Im Indianer-„Reservat“ Kahnawake bei Montreal setzte sie Streifenfahrten ein, obwohl die Regierung bisher den Anspruch der Indianer auf eigene Gerichtsbarkeit und Polizei toleriert hatte. Zwei Tage lang griffen daraufhin die Indianer Polizeiwagen mit Steinen an. Dabei sollen 22 Polizeibeamte verletzt worden sein. Sprecher der Indianer erneuerten ihre Forderung nach Selbstbestimmungsrecht und warfen der Polizei vor, sie suchte eine Gelegenheit, um sich für die Niederlagen im letzten Jahr zu rächen. — (rül)

**Rumänien:
Privatisierung von Boden**

Das rumänische Parlament hat ein Gesetz zur Privatisierung von Bodenbesitz verabschiedet. Das Gesetz gestattet privaten Landbesitz bis zu zehn Hektar. Die „FAZ“ berichtet, genossenschaftliche Ländereien sollten nach diesem Gesetz an ihre vormaligen Besitzer zurückgegeben werden, verbleibendes Land „verteilt“ werden. Gegenüber der ursprünglichen Vorlage sollen auch deutsche Siedler in Rumänien, die nach 1945 wegen Beteiligung enteignet wurden, ihren Besitz zurück erhalten. Deutsche Siedler waren nach 1945 in Rumänien zumeist wegen Beteiligung an faschistischen Kriegsverbrechen enteignet worden. — (rül)

**Türkei: Verbot
aller Streiks, Notstand**

Mit einem Verbot aller Streiks hat die türkische Regierung auf die anhaltende Streikwelle in verschiedenen Branchen reagiert. Am 8. Januar waren Gespräche zwischen Vertretern der 48000 in Zonguldak seit Wochen streikenden Bergarbeiter und der Regierung ergebnislos abgebrochen, weil sich das Arbeitsministerium weigerte, irgendein konkretes Angebot zu machen. Am 25. Januar verhängte der „Nationale Sicherheitsrat“ nach einer außerordentlichen Sitzung, die insbesondere den geplanten Angriff auf den Irak vorbereiten sollte, ein einmonatiges Verbot aller Streiks und ermächtigte die Regierung, zehn Monate lang das Land mit Notstandsverordnungen zu regieren. Bei Inkrafttreten des Verbots waren 105000 im Streik. — (rül)

**Jugoslawien
vor dem Bürgerkrieg?**

In Jugoslawien ist ein direkter Zusammenstoß zwischen der jugoslawischen Armee und Einheiten der von der neuen kroatischen Regierung geförderten „Miliz“ in der letzten Woche nur knapp abgewendet worden. Erst nachdem die Armee mit einer Intervention gegen die „illegalen paramilitärischen Formationen“ gedroht hatte, gab die anti-sozialistische Regierung Kroatiens nach und sagte die Demobilisierung der dem Innensenministerium unterstellten Miliz zu. Kurz vor dieser Vereinbarung hatte die Armee mehrere Mitglieder der „Demokratischen Partei“ Kroatiens wegen illegalem Waffenhandel und Vorbereitung von Anschlägen verhaftet. Jetzt ist vereinbart, daß gegen solche Straftaten gemeinsam von der jugoslawischen Militärpolizei und kroatischen Behörden vorgegangen wird. Noch während der Verhandlungen strahlte das jugoslawische Verteidigungsministerium einen Film auf, in dem die Regierungspartei Kroatiens als faschistische Terrororganisation angegriffen wird. Nachdem wiederholte Aufforderungen zur Auflösung der illegalen Milizen ignoriert worden waren, hatte die jugoslawische Armee am 24. 1. 14 Militärflugzeuge mit Waffen und Soldaten in Zagreb landen lassen. Die kroatische Regierung hatte darauf ihre Milizen in Alarmbereitschaft versetzt. — (rül)

**Allianz —
„nicht gegen Deutschland“**

Die Regierungen Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens wollen ihre Zusammenarbeit verstärken. Eine Neuauflage der — anti-großdeutschen — „Kleinen Entente“ der Weimarer Zeit sei aber nicht zu befürchten, meint die „FAZ“. Am 21. Januar trafen in Budapest die Außenminister der drei Staaten zusammen. Ein ursprünglich für diesen Termin geplantes Treffen der Regierungschefs wurde auf Februar verschoben. Die Regierungen legten Wert auf die Bedeutung, die Vertiefung ihrer Zusammenarbeit richte sich „gegen niemanden, vor allem nicht gegen das wieder vereinigte Deutschland“ („FAZ“, 25. 1.). Vor ein paar Monaten hatte die polnische Regierung eine solche Allianz gegen großdeutsche Bestrebungen vorgeschlagen. Nun heißt es, die Zusammenarbeit solle „gemeinsam den Weg nach Europa vorbereiten“. Tatsächlich sprechen einige Anzeichen dafür, daß sich die Zusammenarbeit der drei Regierungen insbesondere gegen die Sowjetunion richten könnte. Unmittelbar nach dem Treffen hatte der tschechoslowakische Präsident Havel öffentlich die anderen Länder des Warschauer Paktes zum vorzeitigen Austreten aus dem Pakt aufgerufen. In Ungarn soll der sowjetische Truppenabzug Ende April abgeschlossen sein, in Polen Ende des Jahres. Auch in der Tschechoslowakei läuft der sowjetische Truppenabzug nach Plan. Bis Ende Juni soll die militärische Struktur des Warschauer Paktes aufgelöst sein, bis Ende des Jahres, spätestens aber im Frühjahr 1992, auch die politische Struktur. Dann stünde der NATO keinerlei östliches Militärbündnis mehr gegenüber. Große Aussichten räumt die „FAZ“ dem Bemühen um Zusammenarbeit nicht ein: Die Widersprüche bei der Währungspolitik und der Politik gegenüber „Minderheiten“ (z.B. deutschen Siedlern) seien zu groß. — (rül)

„Erprobte“ imperialistische Konzerne, wie VW nach dem Einstieg bei Skoda, werden sich immer mehr „Ordnungsfunktionen“ anmaßen. Eine Politik der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung im Innern nach Art der IWF-Programme in der sog. Dritten Welt zeichnet sich ab.

Quelle: F.A.Z., 21. 1. 1991 — (uga)

**Brasilien: Streik
in der Eisenindustrie**

Etwa 5000 Arbeiter in der Eisenindustrie in Sete Lagoas streiken. Die Geschäftsleitung des Eisenwerks hatte ohne Beratung mit der Gewerkschaft eine Ausdehnung der Arbeitszeiten von 36 auf 44 Stunden pro Woche verfügt, um auf diese Weise die Auslastung der Anlagen im Werk auf 22 Stunden täglich zu erhöhen. Für die Arbeiter hätte dies permanent fest Tag- und Nachtshiften zur Folge gehabt, die die Arbeiter permanent fahren müßten. Dagegen streiken die Arbeiter. Der Internationale Metallarbeiterbund hat den Streikenden seine Unterstützung zugesagt und Geld überwiesen.

Quelle: Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 3/91 — (rül)



Etwa 15000 Demonstranten beteiligten sich am 20. Januar in Brüssel an einem Protestmarsch gegen den Golfkrieg (Bild). „Kein belgisches Geld für den Krieg am Golf!“, „Stoppt die militärische Eskalation am Golf!“, „Rückzug aller fremden Truppen vom Golf!“ waren einige der Parolen. Für den 10. Februar ruft die „Koordination gegen den Krieg am Golf“ zu einer weiteren landesweiten Demonstration in Brüssel auf. Ihre Forderungen: „Stoppt den Krieg gegen Irak“, „Rückzug der belgischen Truppen aus dem Golf“, „Arabische Lösung“, „Anerkennung des Staates Palästina“, „medizinische und humanitäre Hilfe für das irakische Volk“. — (rül)

**ČSFR: Privatisierungen
zerrütteten Versorgungslage**

Zum Jahreswechsel hatte die tschechoslowakische Regierung die Freigabe der Preise von 80 % aller Waren verfügt. „Experten“ der Regierung hatten versprochen, daß es zu höchstens 30 % igen Erhöhungen kommen werde. Doch schon Mitte Januar stiegen die Preise um bis zu 300 %, besonders stark bei Grundnahrungsmitteln. Die — noch vielfältig vorhandenen — staatlichen Einzelhandelsgeschäfte mußten Bestellungen von Waren einstellen, weil der Preisdruck auf den Großhandel infolge der drohenden Umwandlungen in Aktiengesellschaften sehr hoch ist. Infolgedessen blüht der Schwarzmarkt, kleine Genossenschaften müssen ihre Waren direkt in den Städten verkaufen, immer mehr der neuen privaten kleinen Geschäfte besorgen sich auf Ausflugsfahrten direkt aus dem Westen Artikel zum Ladenverkauf.

Das Programm der Regierung, immer deutlicher in die Abhängigkeit der EG führend, soll aber laut Finanzminister Klaus nicht gestoppt oder verlangsamt, sondern noch beschleunigt werden. So werden in den nächsten Wochen die Auktionen über 8750 Betriebe, die im Rahmen der „kleinen Privatisierung“ verkauft werden, weil sie keinem ehemaligen Eigentümer zurückgegeben werden konnten, beginnen. Die 750 umsatzstärksten Geschäfte sollen nicht versteigert, sondern mit Hilfe ausländischer Kapitals in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Mit dieser Verfüzung hat sich der Rechtsliberale Klaus nun endgültig gegen die Kritiken, die auch aus den Reihen seiner Partei, des Bürgerforums, kamen, verwahrt, einen Ausverkauf, vor allem an die BRD, zu betreiben. Die aktuellen Maßnahmen werden diesen Ausverkauf extrem beschleunigen, denn schon jetzt ist völlig unklar, wie denn die neuen privaten Kleinbetriebe die Auslagen für die Beschaffung der veteerten Grundnahrungsmittel usw. aufbringen können sollen.

„Erprobte“ imperialistische Konzerne, wie VW nach dem Einstieg bei Skoda, werden sich immer mehr „Ordnungsfunktionen“ anmaßen. Eine Politik der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung im Innern nach Art der IWF-Programme in der sog. Dritten Welt zeichnet sich ab.

Quelle: F.A.Z., 21. 1. 1991 — (uga)

Heftige Proteste der Schüler**Griechische Regierung fördert faschistische Bandenbildung**

Nach mehr als zwei Monaten andauernden Protesten gegen die geplante Schulreform trat am 8. Januar der Erziehungsminister zurück, sein Nachfolger erklärte am 10. Januar, daß alle geplanten Maßnahmen, gegen die sich der Protest richtete, zunächst aufgehoben seien. Die Regierung wollte durchsetzen, daß die Lehrmittelfreiheit beseitigt wird, daß die verbilligten Schülerfahrkarten in den öffentlichen Verkehrsmitteln abgeschafft werden, daß über jeden Schüler eine Art Führungszeugnis angelegt wird, daß Schülerversammlungen verboten sind und die Polizei jederzeit in die Klassen kann. Die Übergangsklassen zur Universität für Schüler, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben, sollten abgeschafft werden, stattdessen sollen Privathochschulen zugelassen werden. Der Haushaltsentwurf sah drastische Senkungen der Ausgaben im Bildungsbereich vor. Außerdem sollte auch die disziplinarische Verfolgung der Lehrer verschärft werden, der Erziehungsminister wollte insbesondere die Verbreitung „sozialistischer Ideen“ an den Schulen unterbinden.

An dem Protest gegen dieses Maßnahmenpaket beteiligten sich vor allem die Grund- und Mittelschulen, viele Schulen sind seit November besetzt, in Thessaloniki und Athen demonstrierten die Schüler seitdem jede Woche. Viele Gewerkschaften unterstützen die Schülerprote-

ste. Sie werfen der Regierung vor, mit ihrer Politik nicht nur elitäre Verhältnisse im Bildungswesen zu fördern, sondern auch faschistische Gruppierungen zu beleben und zu stärken, wenn sie ungefragt den für den faschistischen Putsch von 1967 verurteilten Generälen die Begnadigung anbietet — die dieses Angebot ablehnen, denn sie fordern die Aufhebung der Urteile —, paramilitärische Jugendgruppen fördere und reaktionäre Inhalte an den Schulen verbreiten will.

Nachdem eine rechte Schülergruppe am 8. Januar einen Lehrer erschlagen hatte, der eine Schulbesetzung unterstützte, kam es bei Demonstrationen am 11. und 13. Januar zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen vier Leute während eines von der Polizei verursachten Kaufhausbrandes starben und über 50 Leute zum Teil schwer verletzt wurden. An diesen Demonstrationen beteiligten sich im ganzen Land über 25000 Menschen, Betriebe führten Solidaritätsstreiks durch. Auch am 15. Januar demonstrierten erneute Zehntausende.

Am 17. Januar legte der neue Erziehungsminister einen Vorschlag vor, der von Schüler-, Eltern- und Gewerkschaftsvertretungen als „Diskussionsgrundlage“ bezeichnet wird. Die Beratungen über diesen Vorschlag dauern an. Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, II-17.1.91; Financial Times, II-20.1.91 — (uld)

USA: Gegen den Golfkrieg**Bourgeoisie fordert: Die Reihen fest geschlossen**

Nach den großen Demonstrationen gegen den Golfkrieg am 19. Januar mit ca. 100000 Teilnehmern in Washington, mehreren Zehntausenden in San Francisco und Demonstrationen in Chicago und weiteren Städten der USA berichtete die Presse noch auf der ersten Seite darüber. Berichte über die Anti-Kriegsdemonstrationen am 26.1. mit 200000 Teilnehmern in Washington und über 100000 in San Francisco erschienen nicht mehr auf der Frontseite. Stattdessen bot das Football-Meisterschaftsspiel (Super Bowl) gute Gelegenheit, Leute zu Wort zu kommen zu lassen, die Saddam Hussein aufhängen wollen. (Die Leute, die Irak „nuken“, d.h. mit Nuklearwaffen vernichten wollen, kommen z. Zt. nur in den Leserbriefspalten zu Wort.) Darüberhinaus hat die Bourgeoisie das Klima zu gewalttätigen Angriffen auf Kriegsgegner geschaffen. Die Demonstration am 19.1. sei „links“ gewesen, berichtet die Presse. Etwa ein Viertel der Teilnehmer waren Afro-Amerikaner. Gewerkschaftsgruppen waren stark vertreten. Plakate richteten sich gegen Krieg, Sterben für Profite und Weltmachstreben der USA. Auf der Demonstration am 26.1., so die Presse, hätten viele sich in US-Flaggen gewickelt und

Plakate getragen: „Ich unterstütze unsere Truppen. Bring sie jetzt zurück.“ Das richtete sich gegen die hinterhältige Taktik der Bourgeoisie, die vielen Leute, die gegen den Krieg sind, aber „unsre Truppen unterstützen“, nämlich die gesunde Heimkehr der Soldaten, in ihre Kriegspropaganda einzubeziehen.

Anders als beim Vietnamkrieg hat sich in den Gewerkschaften sehr früh der Widerstand gegen den Krieg entwickelt. Eine Petition der Öl-, Chemie- und Atomarbeiter sagt: „Was für die Profite der Ölindustrie gut ist, kann für uns tödlich sein.“ Gewerkschafter spielen eine wichtige Rolle in den beiden Anti-Kriegskoalitionen. In den Monaten vor dem Angriff hat der AFL-CIO von Kalifornien den Rückzug der US-Truppen gefordert. Die Präsidenten von neun großen Gewerkschaften haben in einer Anzeige in der „Washington Post“ am 10.1. gefordert: „Läßt die Sanktionen wirken“ und sich gegen einen Angriff „zum jetzigen Zeitpunkt“ ausgesprochen. Der AFL-CIO des Bundesstaates Wisconsin hat am 12.1. eine Anti-Kriegsresolution verabschiedet. Der Widerstand hat also immerhin schon die mittlere Ebene der Gewerkschaftshierarchie erreicht. — (ger. her)

Italien: Antikriegsopposition**Andreotti (DC) fordert „Geist des Zusammenhalts“**

Wenige Stunden nach Beginn der Bombardierung des Irak beantragte die italienische Regierung im Parlament die offizielle Beteiligung der italienischen Armee und erhielt dafür in der Abgeordnetenkammer und im Senat jeweils etwa zwei Drittel der Stimmen. Es war ein Bruch der Verfassung in Art. 11: „Italien verwirft den Krieg als Mittel des Angriffs auf die Freiheit anderer Völker und als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen“. Andreotti erklärte deshalb den Krieg kurzerhand zur „Polizeiaktion“, die nicht unter die Ächtung der Verfassung falle.

Die PCI, deren Abgeordnetenmehrheit sich im letzten Jahr bei der Entscheidung der italienischen Schiffe in den Golf der Stimme enthalten hatte, verlangte eine sofortige Feuerstellung, die Einleitung einer Nahostkonferenz und den Rückzug der italienischen Schiffe. Prompt erklärte der Industrieverband Confindustria, der den USA für den Beginn des Kriegs „gedankt“ hatte, er bezweifle die Regierungsfähigkeit der PCI, die Anfang Februar in die „Demokratische Partei der Linken“ umgewandelt werden soll.

Schon am Morgen nach Beginn des Angriffs der USA kamen in ganz Italien in unzähligen Städten hunderttausende

spontan zu Massenprotesten zusammen. Schüler, Studenten und Lohnabhängige in vielen großen, aber auch kleineren Unternehmen des ganzen Landes wurde meist für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt. Aus den Gewerkschaften, aus der Mitgliedschaft und von Funktionären kam vielfach die Forderung nach Generalstreik gegen den Krieg und die italienische Beteiligung. Gegen Streik traten die Gewerkschaftsbünde CISL und UIL auf, die sich an Parteien der Regierungskoalition orientieren; außerdem die PSI-Strömung innerhalb des Gewerkschaftsbunds CGIL. Schließlich verständigten sich die drei Dachverbände lediglich auf den Aufruf zur Unterstützung außerbetrieblicher Aktionen. Zu einem Generalstreik haben die autonomen Basisorganisationen an den Schulen (COBAS) aufgefordert.

In der Antikriegsopposition wird auch über die Strategie in und gegenüber der Armee diskutiert. Die in der Abgeordnetenkammer vertretene Democrazia Proletaria (DP) propagiert hier die Aufforderung zum „Ungehorsam gegen rechtswidrige Befehle“, wozu auch die Reglement der militärischen Disziplin verpflichtet. Der Befehl zum verlustswidrigen Kriegseinsatz am Golf verlange diesen Ungehorsam. — (rot)

„Kein Recht für Kurden in der Türkei“

Dem türkischen Soziologen I. Beşikçi drohen 45 Jahre Haft

In der Zeit von Oktober bis Dezember waren Leute aus Karlsruhe in der Türkei und Kurdistan. Mit Berichten und Bildmaterial dokumentieren sie die koloniale Unterdrückung der Kurden durch die Türkei. Militärbesetzung, Spezialeinheiten, Polizeiterror, Gefängnisse, Lager deportierter Kurden, Lebens- und Arbeitsbedingungen der kurdischen Bevölkerung haben sie auf Bildern festgehalten. Im Dezember besuchte einer von ihnen den Prozeß vor dem türkischen Staatsicherheitsgericht in Istanbul gegen den türkischen Soziologen Ismail Beşikçi, der wegen Buchveröffentlichungen und seiner Stellungnahme für die Kurden viele Jahre in türkischen Gefängnis saß und jetzt wieder abgeurteilt werden soll. Im folgenden ein Bericht über diesen Prozeß. — (D.B., rub. StSt — Kurdien-Komitee Karlsruhe; Bilder: StSt)

Der etwas heruntergekommene zweistöckige Bau in der Alemdar-Cade in Istanbuls Stadtteil Sirkeli, gegenüber dem Güllane-Park zu Füßen der Hagia Sophia gelegen, beherbergt offensichtlich eine der angsteinflösendsten Adressen am Platz: Das Staatsicherheitsgericht, kurz DGM genannt. Meinem türkischen Begleiter, der mich ansonsten bis in die hintersten Winkel der überquellenden Metropole begleitete, stockte leicht, aber unüberhörbar der Atem; er murmelte etwas von Polizei und Schwierigkeiten und hatte es plötzlich eilig, sich zu verabschieden.

Vor den Schranken des Istanbuler DGM, vor dem v.a. separatistische und linke, kommunistische Vergehen gegen die Einheit des türkischen Staates verhandelt werden, stehen zur Zeit wieder viele, einer der bekanntesten ist der 51-jährige Soziologe Ismail Beşikçi.

Im mittelanatolischen Iskiliip (Provinz Corum) geboren, hatte Beşikçi nach Abschluß des Politik-Studiums in Ankara 1964 eine Stelle als Soziologie-Assistent an der Erzurumer Universität bekommen, sein Spezialgebiet war die Lebensweise kurdischer Nomadenstämme, wobei er 1967 auch promovierte.

Die „Rechtsgrundlage dafür bietet u.a. der gefürchtete Artikel 142 des türkischen StGB, in dem es u.a. heißt: „... wer mit besonderen Mitteln Propaganda betreibt, mit dem Ziel, das Nationalgefühl zu zerstören oder zu schwächen, wird mit 5 bis 10 Jahren Gefängnishaft bestraft“.

Als kleiner, zerbrechlicher Mann mit schütterem Haar und schwachen, etwas müde wirkenden Augen, so steht Beşikçi im Dezember '90 vor dem dreiköpfigen Sicherheitstribunal. Seine Stimme ist kaum hörbar, aber fest. Wo nimmt dieser Mann nur die Kraft her, sich in dieser für die Türkei wohl einmaligen Zivilcourage immer wieder den türkischen Staatsorganen mit Publikationen zur heiklen „Kurdenfrage“ entgegenzustellen, schenend Auges hohe Haftstrafen riskierend? Yussuf Serhat Bucak, sein Freund und einer seiner über 100 Rechtsanwälte, zuckt die Schulter. „Er kann nicht anders, als die Wahrheit zu schreiben.“

Im Frühjahr 1990 waren drei neue Bücher von ihm erschienen, sämtliche zur staatlich seit Atatürk tabuisierten „Kurdenfrage“. Die Reaktion des Staates ließ nicht lange auf sich warten. Am 12.3.90



Ismail Beşikçi

1969 erschien sein erstes Buch über „Die Ordnung in Ost-Anatolien sowie ökonomische und ethnische Grundlagen“, das ihm jedoch wegen „separatischer kurdischer Propaganda“ postwendend seine Stellung kostete und ihm überdies eine Haftstrafe von zwölf Jahren einbrachte, von denen er aufgrund einer Generalamnestie 1974 nur drei absitzen brauchte.

1976 erschien sein zweites Buch zur kurdischen Frage, auch dies wurde mit zwei Jahren und vier Monaten Gefängnisstrafe „geahndet“, die er von September 1979 bis zum April 1981 im Topkapi-Gefängnis in Istanbul absaß.

Ein Brief an die Präsidentin des schweizerischen PEN, Mme. Boulangier, 1980 aus der Haft heraus als Antwort auf eine Petition geschrieben, wird im Gefängnis gefunden und führt erneut zu einer Anklage wegen „Schädigung des Ansehens des türkischen Staates im Ausland“; diesmal lautet das Strafmaß zehn Jahre (!), von denen Beşikçi sechs tatsächlich verbüßen muß. In dieser Zeit wählt ihn a.i. dreimal zum Gefangenen des Monats. 1987 kommt er frei.

Aufgrund seines Berichts an die UNESCO „Wir wollen frei und Kurden sein“ (beim ISP-Verlag auf deutsch erschienen) eine erneute Anklage 1989. Diesmal fast wie ein Wunder: Freispruch.

Trotzdem: Alles in allem bis dato zwölf Jahre im Gefängnis für den Versuch, als türkischer Wissenschaftler und Publizist die Existenz der Kurden als einständiges Kulturvolk nicht der Leidenschaft des türkischen Chauvinismus zu opfern, der die Existenz der Kurden schlichtweg leugnet und gegenteilige Ansichten mit drakonischen Strafen bestraft.

wurde Beşikçi verhaftet. Mutmaßliches Delikt, wie in fast allen Fällen zuvor: § 142 StGB. Der Staatsanwalt forderte für jedes Buch 15 Jahre Gefängnis, summa summarum also 45 Jahre. Im Juli wird Beşikçi vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Pro Monat findet durchschnittlich ein Verhandlungstag statt. In der Dezember-Verhandlung am 17.12.90 versucht die Verteidigung das Gericht davon zu überzeugen, daß der § 142 nicht gänzlich in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1982 steht.

Auf den Zuschauerbänken ca. 20 Personen, Angehörige, Freunde, ein paar Zivilpolizisten. Keine Kontrollen vor Betreten des Gerichtssaals. Dabei hatte es beim vorletzten Verhandlungstag im Juni eine große Demonstration vor dem Gerichtsgebäude für die Freilassung Beşikçis gegeben, die dann tatsächlich im Juli erfolgt war, zumindest vorläufig und unter Auflagen.

Die drei Richter wirken abweisend, überheblich desinteressiert. Man sieht es ihren Minen an, daß sie als „gute“ türkische Beamte ihre Abneigung gegenüber diesem geistigen Handlanger des kurdischen Separatismus nur schwer verbergen können.

Für Yussuf S. Bucak, nebenher Herausgeber der kurdenfreundlichen Zeitung „Ülk“, steht diesmal eine Verurteilung außer Frage. Es gibt keinerlei Recht für die Kurden oder für Leute wie Beşikçi, die als Türken uns unterstützen, meint er, das Strafmaß wird wohl um die 15 Jahre liegen.

Im Prozeß und beim Gespräch macht Beşikçi einen überaus gelassenen, fast stoischen Eindruck. Er würde niemals sich ins Ausland absetzen, meint sein Rechtsanwalt, das widersprüche seinem Charakter. Für Mitte '91 wird das Urteil erwartet. (Prozeß-Bericht von D.B.)

Bilder aus Nordwest-Kurdistan



Kinder in einem Flüchtlingslager deportierter Kurden



Straßenszene in Mardin. Die traditionelle Kleidung ist politischer Protest



Jandarma (Militärpolizei) und Polizei in Bitlis

Deutsche Unitarier: Völkische Rassisten in religiösem Gewande

Ein Schwerpunkt der religiös auftretenden Rassisten liegt in Schleswig-Holstein / Aus der Tradition des Antisemitismus und Herrenmenschstums

Kiel. Nach der Zerschlagung des Faschismus in Europa suchten hohe Funktionäre von NSDAP, SA und SS, Nazi-Ideologen und Rassisten nach Möglichkeiten, wie sie ihre Weltanschauung in das Nachkriegseuropa hinübersetzen konnten. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war der Versuch, unter dem Deckmantel der freien

Religionsausübung weiterhin Antisemitismus und Herrenmenschen-Ideologie zu pflegen und zu verbreiten. Da kam das Angebot des freiprotestantischen Pfarrers Rudolf Walbaum, der bereits 1933 durch sein Bekenntnis zum Nazismus und zu Hitler aufgeflogen war, gerade recht. Er riet den Nazi-Funktionären zum Eintritt

in seine kleine Sekte im Rheinhessischen. Mit Erfolg: diese übernahmen dort bald das Ruder und benannten sie in „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR) um. Einer der organisatorischen Schwerpunkte der „Deutschen Unitarier“ wurde Schleswig-Holstein.

Vielfältige Verbindungen zu Neofaschisten

Der Aufbau der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“ wurde Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre von ehemaligen Nazi-Kadern betrieben; zu ihnen gehörte neben Herbert Böhme (Mitglied der obersten SA-Führung und der Reichspropagandaleitung der NSDAP, führender NS-Dichter) auch Eberhard Achterberg (Chefredakteur der „Nationalsozialistischen Monatshefte“) und Herbert Grabert, in den 30er Jahren Propagandist der „Deutschen Glaubensbewegung“, später Mitarbeiter von Rosenbergs „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ und Nazi-Hochschullehrer mit Lehrverbot nach 1945. In Schleswig-Holstein schlossen sich 1951 und 1952 „deutschgläubige“ ehemalige NSDAP-Mitglieder im Raum Dithmarschen der DUR an. Dort hatte es bereits dreißig Jahre früher entsprechende Aktivitäten gegeben. Ab 1919 war der Mittelschullehrer Dietrich Klagges als völkischer Redner und Organisator in ganz Schleswig-Holstein tätig. Seine faschistische Gesinnung führte ihn später zur NSDAP; 1933 wurde er Nazi-Ministerpräsident des Landes Braunschweig. Anfang der 50er Jahre wurde er wegen seiner brutalen Verbrennen im Rahmen der SS zunächst zu lebenslänglicher Haft, später dann zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Von diesen mußte er allerdings nur 5 Jahre absitzen. In Dithmarschen findet sich eine der aktivsten „Gemeinden“ der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“. 1981 referierte bspw. Dr. Allarich Augustin (Wuppertal) zum Thema „Geburtenrückgang und ethnische Unterwanderung“ in der kleinen Stadt Heide. Seinen rassistischen Ausführungen wurde im Mitteilungsblatt der DUR in Schleswig-Holstein „Ruf und Widerhall“ (RuW) nicht widersprochen. Bei anderer Gelegenheit konnte der führende Theoretiker des nationalrevolutionären Faschismus, der heute in Dänemark lehrende Soziologe Henning Eichberg, in der Unitarischen Akademie in Klingberg sprechen (RuW 1/1984, S. 29). Über die Verleihung des Schillerpreises an die Theoretikerin der DUR, Sigrid Hunke (vgl. nebenstehendes Artikel), durch das neofaschistische „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ wurde berichtet als sei dies die normalste Sache der Welt (RuW 1/1986, S. 20). Bereits im März 1984 war Hunke auf der Jahreshauptversammlung der DUR-Landesgemeinde Schleswig-Holstein zum Ehrenmitglied ernannt worden. Die Landesgemeinde beschloß den Beitritt zur „Sigrid-Hunke-Gesellschaft“ „als Zeichen der Verbundenheit und mit der ausdrücklichen Bereitschaft, das schriftstellerische Werk Sigrid Hunkes zu verbreiten“ (RuW 1/84, S. 32).

Eine weitere Hochburg der Deutschen Unitarier, die in ganz Schleswig-Holstein ihre Gemeinden haben, befindet sich in Kiel, wo 1989 auch der „Unitariertag“ stattfand. Zur Kieler Gemeinde gehörte über Jahrzehnte der inzwischen verstorbene Fritz Castagne; bereits in den 30er Jahren rassistischer Mitstreiter des Antisemiten Hauer, war er in den 60er und 70er Jahren Chef und bis Mitte der 80er Jahre Mitglied des Redaktionstabes des DUR-Organs „glaube und tat/ unitarische blätter“ sowie Leiter der „Unitarischen Landesbibliothek“ Schleswig-Holstein. Fritz Castagne war 1982 Mitbegründer der rassistischen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“, die sich nach ihrem spektakulären Wahlerfolg später mehrheitlich der REP anschloß.

Als KLA-Kandidatinnen traten auch Else Castagne und Frau van Hettinga an; beide sind bei den Kieler Unitariern aktiv. Noch im Frühjahr 1990 rückten sie in wichtige DUR-Gemeinedefunktionen auf. Else Castagne wurde zur ersten stellvertretenden Gemeindeleiterin gewählt (das Amt des Gemeindeleiters blieb zu jener Zeit mangels KandidatIn unbesetzt); Frau van Hettinga übernahm die Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit. Im Früh Sommer 1990 schließlich meldete

das Mitteilungsblatt der Deutschen Unitarier in Kiel „Blick“ den Beitritt eines führenden Mitarbeiters des Jugendamtes der Stadt Kiel zur DUR. Kurz danach war jener Herr Mais bereits zum 2.stellvertretenden Gemeindeleiter aufgestiegen.

DUR-Streiter Wolfgang Deppert

Dies war der letzte Anstoß für das Antifaschistische Forum Kiel und die lokale antifaschistische Zeitung ATZE aktiv zu werden. In einem Schreiben an Herrn Mais – Abteilungsleiter des Kieler Jugendamtes für Kindertagesstätten – wurde dieser gebeten, sich zu seiner Mitgliedschaft und Funktionärstätigkeit zu äußern. In der Annahme, Herr Mais habe sich vor seinem Beitritt möglicherweise nicht ausreichend informiert, wurde Informationsmaterial über die DUR (hrsg. von der Bonner Initiative „Gemeinsam gegen Neofaschismus“) beigelegt und die Erwartung geäußert, daß ein weiteres Verbleiben in dieser Organisation unmöglich sei. Um zu verhindern, daß ihm dann seine inzwischen in der Öffentlichkeit bekanntgewordene Mitgliedschaft in der nazistischen Tarnorganisation zum Nachteil gereiche, schlug das Antifaschistische Forum Kiel Herrn Mais vor, er möge sich in einer Presseerklärung von den Unitariern distanzieren. Dies ist bis heute nicht geschehen. Stattdessen wurde Dr. Wolfgang Deppert, der Leiter des „Geistigen Rates“ der DUR aktiv. In einem Interview in den „Kieler Nachrichten“ (KN) konnte er unter der Schlagzeile „Unitarier: Wir sind keine Nazis!“ seine Sicht der Dinge darstellen. Gegenüber der ATZE drohte er mit juristischen Schritten falls die geforderte Gegendarstellung nicht abgedruckt werde. Mit derselben Methode hatte er 1989 bei der örtlichen VVN/BdA die Veröffentlichung einer solchen Gegendarstellung durchsetzen können.

Jene Darstellung des – nach Kiel – auch in Berlin und Leipzig als Privatdozent für Philosophie tätigen Deppert spricht für sich: er verliert kein Wort zur Tätigkeit wichtiger Gemeindemitglieder in neofaschistischen Organisationen und versucht die maßgebliche Entwicklung der Deutschen Unitarier aus der „Deutschen Glaubensbewegung“ zu leugnen, indem er behauptete: „Die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft ist die Rechtsnachfolgerin der ‚Freie Protestanten von Rheinhessen‘, die 1876 gegründet und 1902 in das Vereinsregister in Worms eingetragen wurde. Der Untertitel Deutsche Unitarier wurde ab 1912 in der Zeitschrift der Freien Protestanten verwendet und 1950 zur Bezeichnung dieser Religionsgemeinschaft.“ Deppert verschweigt nicht nur, daß die freikirchlichen „Urgemeinden“ Rheinhessens 1954/55 aus Protest gegen die Vorherrschaft der antichristlichen Nazis aus der DUR austraten; das Berliner Landgericht hält sogar die Bewertung für zulässig, daß Deppert Geschichtslegenden verbreitet. Wörtlich heißt es im Urteil vom Januar 1990: „Es

ist richtig, daß die DUR seit einigen Jahren die Geschichte der Freien Protestanten in Rheinhessen als die eigene Geschichte beansprucht, um ihre faschistische Herkunft zu vertuschen.“

„Neue Generation“ oder „Alter Geist“?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die ATZE im Spätherbst 1990 die neuesten Recherchen Kieler AntifaschistInnen. Sie nahm damit Bezug auf eine Formulierung Deperts im KN-Interview, in dem dieser auf die Frage, ob es nicht auch den Nazi-Dichter Herbert Böhme und den Versuch der Verbreitung völkischen Gedankengutes bei den Unitarien gegeben habe, antwortete: „Auch das ist richtig. Aber Böhme ist gescheitert. Wir haben längst eine neue Generation, die geprägt ist von Toleranz und liberalem Denken. Wir lassen uns nicht politisch festlegen.“

Für führende DUR-Funktionäre gilt dieses wohl kaum. Da ist z.B. die Prinzessin Reuß zur Lippe oder – wie sie vom Mitteilungsblatt der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft für die Landesgemeinde in Schleswig-Holstein „Ruf und Widerhall“ auch schon einmal genannt wird – „unsere Prinzessin“. Die heute über 90jährige Frau war als ehemaliges NSDAP-Mitglied im Reichsernährungsministerium tätig und später viele Jahre Leiterin des Geistigen Rates der völkisch-rassistischen Sekt. Des öfteren war sie in Schleswig-Holstein bei DUR-Veranstaltungen zu Gast, so z.B. Anfang 1988 in St. Michaelisdonn. Doch mit dem nördlichsten Bundesland verbindet sie noch etwas anderes, nämlich die Verbindung zu dem aus Mohrkirch (nahe Flensburg) stammenden Neonazi Thies Christophersen, der seit einiger Zeit in Dänemark lebt, um nicht seine Strafe in einem bundesdeutschen Gefängnis absitzen zu müssen. Wiederholt veröffentlichte sie in dessen „Bauernschaft“, deren Chefredakteurin sie auch kurzfristig einmal war. 1986 schrieb sie dort: „Wer mich kennt weiß, daß ich nicht eingebildet bin und jeder gute Mensch, gleich welcher Rasse, mir achtenswert ist, sofern er sein Blut rein und seine Ahnen heilig hält.“ Ein Jahr vorher hatte die Prinzessin noch die „herzlichsten Glückwünsche“ der Kieler Unitarier-Gemeinde zum Geburtstag entgegennehmen können. Ein Jahr später beteiligte sie sich an der Gründung des Vereins „Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup“ (ASS). Diese gibt die inzwischen als „Zeitung für das Deutsche Reich“ firmierende „Söruper Rundschau“ heraus, die vor rassistischen und antisemitischen Artikeln nur so strotzt.

Häufiger Guest bei den Deutschen Unitarien in Schleswig-Holstein war auch Hermann Thiele, lange Jahre Gemeindeleiter in Bremen. Thiele ist gern gesehener Referent bei Tagungen der „Arbeitsgemeinschaft“ des Neonazi-Anwalts und Rassisten Jürgen Rieger, beim „Nordischen Ring“ sowie beim „Bund der Gothen“, einer neuheidnischen Sekte.

Zu nennen wäre auch Dr. Thomas Darsow, der bis vor kurzem als Bürgermeister von Kronshagen (bei Kiel) tätig war und jüngst als Leiter der Kommunalabteilung ins Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern wechselte. Besonders aktiv war Darsow bei der DUR Anfang der 80er Jahre, als er zusammen mit Günther Pahl die Schriftleitung der „unitarischen blätter“ innehatte. Dort veröffentlichte er 1980 und 1982 rassistische Ansichten zu den Themen „Volk, Kultur und Identität“ sowie „Nationale Identität heute“. Im September 1990 sorgte er durch seine Äußerungen zum Thema Asyl für solchen Wirbel, daß nicht nur die „Arbeitsgruppe Asylbewerber“ der Christusgemeinde in Kronshagen protestierte, sondern auch der Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde öffentlich die Frage aufwarf, „wo er (Darsow, d.V.) seine demokratischen Grundüberzeugungen erworben hat“ (KN vom 4.9.1990).

Aufklärung brachte die ATZE: Darsow war in den 70er Jahren Mitarbeiter der NPD-nahen Jugendzeitung „Tendenz“ mit Sitz in Neumünster. Dort schrieb Darsow u.a. in der Rubrik „Afrika-Mosaik“. Sein dort geäußertes Engagement auf Seiten der „Deutschen“ und der „Weißen“ führte ihn schließlich zum „2. Seminar Südliches Afrika“ in Coburg, veranstaltet von dem NPD-Mann und „Nation Europa“-Herausgeber Peter Dehoust. In der „Tendenz“ erschienen nicht nur Anzeigen bekannter neofaschistischer Zeitschriften, sondern bereits im Juli 1977 – Thomas Darsow wird im Impressum inzwischen mit eigener Redaktionsadresse in Lübeck geführt – auch ein Hinweis auf den „Rendsburger Studienkreis“ der Unitarischen Akademie. Nähere Informationen gab es damals bei Günther Pahl aus Pinneberg, der später – wir erinnern uns – zusammen mit Thomas Darsow einige Zeit Schriftleiter der „unitarischen blätter“ war.

Nicht unerwähnt gelassen werden darf die Einladung der „Tendenz“ zur Reichsgründungsfeier am 18.1.1980 in Neumünster. Zu ihr war als Redner auch der wegen schwerer Verbrechen verurteilte und erst jüngst aus der Haft entlassene Chef einer ehemaligen Wehrsportgruppe Karl-Heinz Hoffmann eingeladen.

Von den vielen anderen Verbindungen der DUR zur neofaschistischen Szene soll hier nur noch eine genannt sein. Der in Schleswig wohnende Dieter Vollmer, seit Jahrzehnten Autor in diversen Zeitschriften des neofaschistischen Lagers, erhielt in den 80er Jahren wiederholt Gelegenheit, in den „unitarischen blättern“ zu schreiben oder bei Veranstaltungen der DUR zu sprechen. Ob Vollmer engere Kontakte zu dem bereits vorgestellten CDU-Mann Darsow hat(te), kann z. Zt. nur begründet vermutet werden. Immerhin sprachen beide Ende Oktober 1979 auf der „Arbeitsgruppe des Rendsburger Kreises der Unitarischen Akademie“: „Die mehr ins

Grundsätzliche gehenden Ausführungen von Dieter Vollmer wurden ergänzt durch den hoffnungsvollen Ausblick von Thomas Darsow, cand. jur. Kiel, auf zeitgenössische, politisch wirksame Gegenbewegungen der jungen Generation zu überfremdeten Interessen der etablierten Systeme“ (Ruf und Widerhall 1/1980, S. 25). In den „unitarischen blättern“ II-12/1983 empfiehlt T.D. das von Vollmer geschriebene Buch „Sonnenspiegel“ als interessantes und preisgünstiges Weihnachtsgeschenk. Und schon im Juli 1977 pries die neofaschistische Schülerzeitung „Tendenz“, deren Mitarbeiter Darsow längere Zeit war, die Vollmer-Schrift „Lebensschutz und Politik“ als „Tendenz-Sonderdruck Nr. 3“ an.

Isolierung völkisch-rassistischer Ideen ist notwendig

In die Diskussion der Verbände ist auch die „Jugend- und Begegnungsstätte Klingberg“ geraten. Sie gehört den „Deutschen Unitarien“, die für deren Nutzung in letzter Zeit kräftig in der „taz“ geworben haben. Ende 1990 stellte die DGB-nahe Einrichtung „Arbeit und Leben“ (Hamburg) ihre Seminartätigkeit in Klingberg (bei Scharbeutz/Ostsee) ein, nachdem ihr AntifaschistInnen die umfangreichen Recherchen zugänglich gemacht hatten. In Sachen Klingberg hat sich auch der schleswig-holsteinische Minister für Soziales, Gesundheit und Energie Günther Jansen geäußert. Zwar hat sein Ministerium für 1991 im Zusammenhang mit den Familienseminaren auf die Belegung von Klingberg verzichtet; in einem Schreiben von ihm an den Rechtsvertreter der DUR, Dr. Ralf Abel aus Schleswig, selbst wichtiger Funktionär bei den Deutschen Unitarien, heißt es jedoch ausweichend: „... ist keine kausale Verknüpfung derart zu entnehmen, daß das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Energie die Vorwürfe gegen die Deutschen Unitarien teilt und deswegen die Bildungsstätte Klingberg nicht mehr belegt“. Minister Jansen möchte sich im übrigen zum strittigen Sachverhalt nicht äußern, da im juristischen Streit eine Revisionsverhandlung anstehe. Der Herr Minister sollte eigentlich wissen, daß es sich bei der Beurteilung des Charakters einer faschistischen oder völkisch-rassistischen Organisation nicht um juristische, sondern um politische Fragen handelt.

Die politischen Auseinandersetzungen um die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ währen nun schon einige Zeit; und doch stehen sie noch am Anfang. Immer noch gibt es enge Beziehungen zum DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband), von dem über den Verkauf von Wohlfahrtsmarken Gelder an die Deutschen Unitarien fließen. Noch ist auch die „Unitarische Jugend Schleswig-Holstein“ als förderungswürdige Trägerin der freien Jugendhilfe anerkannt und kann alle damit verbundenen Vorteile in Anspruch nehmen. — (vfa)



Wie sich die Zeichen gleichen: Runensymbole bei den Deutschen Unitarien und beim NS-Verbrecher Heinrich Himmler (rechts).

„Kurden-Prozeß“ in Celle

Brutales Vorgehen der Polizei gleich am ersten Prozeßtag

Celle. Mit dem knurrenden Gebell der Polizeikoer, mit Schlagstockeinsatz, dem Ablichten der Personalien und scharfen Protesten der Verteidigung, so begann am 8. Januar der Celler Kurden-Prozeß. Bereits im Vorfeld, kurz vor Weihnachten, hatte die Cellesche Zeitung die Angeklagten kurzerhand und öffentlich zu Mitgliedern einer „terroristischen Vereinigung“ erklärt; das, was der Prozeß erst noch erweisen soll. Sie stützte sich dabei auf eine Presse-Information des OLG Celle, das sich so weit verstiegt zu behaupten: „Die Parteilinie der PKK gebietet es, Abweichler aus den eigenen Reihen bis zur physischen Vernichtung zu verfolgen“. Anlaß zu einer Rüge, wie von der Verteidigung am 1. Prozeßtag beantragt, sah der Vorsitzende Richter Jürgen Deth nicht.

Vor dem Gerichtsgebäude kam es zu einer Protestkundgebung von etwa 200 Kurden mit Musik, Tanz und lautstarken Parolen. Die Polizei sah zunächst den fließenden Verkehr gefährdet: mit dem Versprechen, wenn die Leute sich auf den Gehweg begäben, wäre alles in Ordnung, folgten die Kurden dem. Auch als der Polizei die Trommel zu laut wurde, wurde dem gefolgt. Doch dann ging die Polizei zur offenen Provokation über: entgegen dem vorher gegebenen „Versprechen“ forderte sie nun, die Kurden sollten den Gehweg räumen und sich 100m weiter Richtung Schloßpark verschieben. Mit Schlagstöcken und Polizeihunden, wobei es einige Verletzte und vier vorläufige Festnahmen gab, setzte sie ihren Willen durch.

Der Sitzungssaal bietet für 40 Zuschauer Platz, darunter Polizisten in Uniform und Zivil. Um das Gebäude patrouillieren mit MP's bewaffnete Polizeistreifen. Jeder Besucher muß sich einer Leibesvisitation unterziehen; seine Personalausweise werden abgelichtet. Daß damit die Öffentlichkeit vom Besuch abgeschreckt werden könnte, sah Richter Deth nicht: Allein die Anklage sei „Beweis für eine grundsätzliche Gefährdung“ — Autrag der Verteidigung abgelehnt. Selbst die Rechtsanwälte werden von einem Detektor kontrolliert. Absurde Begründung: sie könnten Waffen in den Verhandlungssaal mitbringen. Ein weiterer Skandal ist die Anordnung, wonach zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern jeweils ein Wachtmeister plaziert wird, der alle Verteidigergespräche mithört und eine angemessene Verteidigung verhindert.

Ankläger ist Oberstaatsanwalt Wilhelm Schluckebier von der Bundesanwaltschaft (BAW). Etwa 100 Zeugen, drei Kronzeugen und mehrere Dutzend Sachverständige sollen vernommen werden. Angeklagt sind die vier Kurden Adil K., Ismail Ö., Ahmet Y. und Adil K. Zwei der Angeklagten sind, obwohl sie als blutrünstige Terroristen dargestellt werden, auf freiem Fuß. Die beiden anderen sitzen in der JVA I, werden in Handschellen vorgeführt und bei jeder größeren Pause erneut in diese gelegt. Der Antrag der Verteidigung, die Verhandlung wegen der schwierigen juristischen Komplexe neben der Übersetzung ins Türkische auch ins Kurdische zu übersetzen, wurde abgelehnt. Das ist die bundesdeutsche Spielart des Verbots der kurdischen Sprache in der Türkei.

Angeklagt sind alle vier Kurden der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a). Die zusätzlichen konkreten Tatvorwürfe stehen in absolut keinem Verhältnis zu dem Verfahrensaufwand. Zweien wird zusätzlich Freiheitsberaubung in einem bzw. zwei Fällen vorgeworfen. Sie sollen Leute gegen deren Willen länger als eine Woche festgehalten haben. Dem dritten Angeklagten wird konkret nur Urkundenfälschung vorgehalten. Dem vierten wird ein Mord vorgeworfen, dessen Beweisführung allerdings auf äußerst wackligen Füßen steht: „Im Februar letzten Jahres wurden in einem Waldstück bei Wipperfürth skelettierte Teile der Leiche eines Kurden gefunden. Selbst die Bundesanwaltschaft räumt ein, daß bislang ungeklärt ist, wie das Opfer zu Tode kam und in welcher Form der vierte Angeklagte daran beteiligt war. Der Mordvorwurf stützt sich lediglich auf die Aussage eines der Kronzeugen der Bundesanwaltschaft, wonach der Angeklagte ihm „den Tod des Kurden aus Schweden telefonisch gemeldet haben soll.“ (taz, 16.1.91) Gäbe es nicht die Terrorismus-Anklage, die Kurden wären längst freigesprochen oder hätten ihre — wahrscheinlich geringe — Strafe abgesessen.

Doch hier geht es um ein 129a-Verfahren und da der „1. PKK-Prozeß“ in Düsseldorf hoffnungslos ins Hintertreffen geraten ist — nach 14 Monaten wird gerade der zweite Zeuge vernommen, 180 stehen noch aus — soll das OLG Celle einspringen. Nach gängiger Rechtsprechung darf der 129a nicht auf eine ausländische Organisation angewendet werden, also auch nicht auf die PKK. So konstruiert die BAW eine diffuse Teilorganisation innerhalb der PKK auf deutschem Boden, deren Hauptzweck Mord und Totschlag sei. Und als genialer Beweis für die Mitgliedschaft in dieser Truppe müssen dann wieder die angeblichen Funktionen der Angeklagten innerhalb der PKK herhalten.

„Es geht nicht darum, Straftaten zu bestrafen, sondern der Verurteilung des nationalen Befreiungskampfes einen juristischen Mantel umzuhängen und ihn als ‚terroristisch‘ zu diskreditieren.“ (Presseerklärung der ERNK) Am 5. und 6. Verhandlungstag begann die BAW mit der Verlesung der 130 Seiten langen Anklageschrift. — (syo)

Zwei Betriebsversammlungen fordern Generalstreik

Hannover. In einer außerordentlichen Betriebsversammlung des Instituts für Solarenergie-technik (ein vom Land Niedersachsen finanziertes Institut) am 16.1. haben die Beschäftigten eine Resolution an den DGB verabschiedet, in der sie ihn auffordern, einen Generalstreik auszurufen. Am 17.1. haben sie die Arbeit niedergelegt. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung zum Thema „Krieg am Golf“ haben 50 Beschäftigte bei der HIS GmbH eine Resolution an den DGB verabschiedet. In der Resolution wird der DGB aufgefordert, zum Generalstreik aufzurufen, sich dafür einzusetzen, daß keine Bundeswehr in der Türkei und im Golf eingesetzt wird sowie für Schaffung von Gesetzen einzutreten, die Waffenlieferanten als Verbrecher brandmarken und verurteilen. — (hee)

Zivildienstleistende gegen Kriegseinsatz

Hamburg. Schon am 15.1. organisierten einige Zivildienstleistende einen Fahrradkonvoi zur Hamburger Außenstelle des Bundesamtes für Zivildienst, um gegen einen möglichen Einsatz im Kriegsfall zu protestieren. Für den 21.1. rief die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Hamburg zu einem ersten einitägigen Streik auf. Sie wehren sich gegen die Einvernahme von Kriegsdienstverweigerern durch das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen, mit dem sich die BRD u.a. verpflichtet hat, Kriegsgefangene zu übernehmen und verletzte Soldaten zu transportieren und zu pflegen. Auch ist zu befürchten, daß die BRD der „Mitwirkung bei der Dekoration des Bedarfs an zivilen Arbeitskräften“ (WHNS, Art., 2.2. f) durch Zugriff auf Zivildienstleistende nachkommt. Ca. 100 beteiligten sich am ersten Streitag, knapp 300 an einer Demonstration. Für den 31.1. rufen die Zivildienstleistenden zu einem weiteren Streitag auf. — (scc)

„Volksversammlung“ gegen den Krieg

Stuttgart. Am 18. Januar demonstrierten etwa 20000. Am Tag darauf waren 15000 Menschen auf dem Schloßplatz versammelt, darunter 7000 streikende Schüler; beim Schülerstreik am 22. Januar beteiligten sich nochmals 10000 bis 15000. Erneut 20000 waren am 19. Januar bei der „Volksversammlung gegen den Krieg“, zu der u.a. auch DGB und SPD aufgerufen hatten. Solche Versammlungen sollen regelmäßig stattfinden. Am 26. Januar kamen 500 bis 1000, ein Schwerpunkt war eine öffentliche Verweigerungsaktion der DFG-VK. Am 27. Januar demonstrierten allerdings auch etwa 800 für den Krieg. Dazu hatten u.a. die CDU und die deutsch-israelische Freundschaftsgesellschaft aufgerufen. — (evc)

„Antifaschismus nach dem Anschluß“

Öffentlicher Kongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg am 2./3. März

Köln. Dieser für alle Interessierten offene Kongreß am 2./3. März in Köln (Jugendgästehaus, Beginn 11 Uhr) soll die Möglichkeit bieten, Fragen gemeinsam zu diskutieren, die in verschiedenen antifaschistischen und linken Zusammenhängen im Laufe der letzten beiden Jahre aufgeworfen

wurden. Die Annexion der DDR, die neue, „mitteleuropäische“ Vormachtstellung der BRD, die BRD-Vorherrschaft in der EG, die Beteiligung der BRD in den Krieg am Golf stellen die antifaschistische Bewegung und die Linke vor neue offene Fragen und dringend anstehende Aufgaben.

Mit den sog. „Verträgen zur Einheit Deutschlands“ — dem Staatsvertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion, dem Wahlvertrag, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, und dem „Einigungsvertrag“, deren Ergebnis die Beseitigung der DDR, also eines „Vertragspartners“ ist, soll die neue Kolonialpolitik der BRD, soll soziales und politisches Unrecht unter dem Mantel der Rechtsfähigkeit zur Rechtmäßigkeit erklärt werden. Angeblich legitimiert durch die Wahlergebnisse folgt mit den Koalitionsvereinbarungen die weitere Umsetzung dieser Politik in die laufenden Regierungsgeschäfte des kommenden Jahres. Mit dem Eintritt der BRD in den Krieg am Golf entzieht sich die Regierung unter dem Vorwand angeblich längst beschlossener staatlicher EG- und NATO-Verträge der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle. Das Grundgesetz — auch in seiner letzten Fassung schon wieder von den „Einigungsverträgen“ überholt — soll für den Einsatz der Bundeswehr im Kriegsgebiet schon nicht mehr gelten. Dagegen gibt es über alle unterschiedli-

chen Auffassungen und die verschiedensten Differenzen hinweg doch einen wichtigen Grundkonsens: der Widerstand — wie zersplittet und vereinzelt er auch sein mag — gegen soziale und politische Entrichtung, gegen unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen.

— gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Krieg,

— gegen rassistische und faschistische Ideologie und Politik,

— gegen Ungerechtigkeit und soziales Elend

erfordert unsere Unterstützung.

Der Kongreß soll deshalb aus zwei Teilen bestehen: Arbeitsgruppen zu verschiedenen Fragen der aktuellen Entwicklung und Politik und einem Abschlusplennum, das vor allem der Verständigung über gemeinsame Schwerpunkte der nächsten Zeit in der Unterstützung des Widerstandes gegen soziale und politische Entrichtung, Rassismus, Imperialismus und Krieg dienen soll.

Bisher vorgesehene Arbeitsgruppen:

AG 1) DDR-Annexion — Zwischen-

schritt auf dem Weg zur Beherrschung Osteuropas; AG 2) Beteiligung der BRD am Krieg am Golf, strategische Vorhaben der Imperialisten; AG 3) Repression und Innere Sicherheit — Herstellung der Kriegsbereitschaft; AG 4) BRD-Konzerne betreiben die soziale und politische Entrichtung und die innere und äußere Kolonialisierung; AG 5) BRD/EG — Zentralstaat und entfesselte Exekutive gegen kommunale und regionale Wirtschaftsorganisation und parlamentarische und öffentliche Kontrolle; AG 6) Ausländer- und Asylpolitik der BRD — Kehrseite der Ausbeutung und Unterdrückung der „III. Welt“; AG 7) Programmatische und organisatorische Entwicklung bei faschistischen Organisationen; AG 8) Die geplanten Verfassungsänderungen der Reaktion — was setzen wir dagegen?: Was ist mit dem § 139?; AG 9) Antifaschismus und die Organisation antifaschistischer Front- und Bündnispolitik nach dem Anschluß. — (chl)

Quelle: Antifaschistische Nachrichten 3/91; Kontakt für weitere Informationen und Anmeldungen: Volksfront, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221 245643.

Proteste gegen den Golfkrieg

Im folgenden ein paar Streiflichter von Aktionen in Baden-Württemberg: In Freiburg fanden zwei Demonstrationen mit zwischen 15000 und 20000 Menschen statt. Bei der Kundgebung am 19.1. sprachen Leute von DGB und Christlichem Friedensrat bis hin zu Autonomen, Antiimperialisten und Kommunisten. Im Ortenaukreis fanden mehrere Demonstrationen und Kundgebungen statt. Am Samstag, 19.1. in Baden-Baden (400 Beteiligte), Bühl (400), Lahr (300), Oberkirch (450), Offenburg (1500) und Rastatt. Am Tag darauf demonstrierten 200 in Achern. Schon am 18.1. war es in Offenburg zu einer spontanen Demonstration von 300 Schülern während der Unterrichtszeit gekommen. In Bühl demonstrierten samstagabends noch einmal 100 Schüler, in Steinbach am Sonntagabend ebenfalls 100. Getragen wurden die Aktionen von verschiedenen örtlichen Zusammenschlüssen. In Ulm fanden seit 12.1. fast täglich Aktionen statt. Am 15.1. beteiligten sich etwa tausend Menschen an einer Kundgebung und Demonstration. Etwa 600 Schüler demonstrierten am 16.1. morgens um 6 Uhr und am 17.1. trotz des Verbots des Rektors etwa 200 in Langenau während der Unterrichtszeit. Am Samstag, 19.1. demonstrierten etwa 6000 durch Ulm. Am 22.1. beteiligten sich etwa 200 Studenten an einem Protestmarsch von Universität und Fachhochschule. In Mannheim gab es mehrere Demonstrationen mit 2000 bis 3000 Leuten. Am 21.1. und am 22.1. fanden Schülerdemonstrationen statt. An vielen Orten werden — z.T. täglich — Mahnwachen gemacht und Flugblätter vor US- und Bundeswehr-Kasernen verteilt. Quelle: div. Lokalberichte — (evc, tht)

300 bei Gründung der „Deutschen Allianz“

München. Die Faschisten sind bei ihren Versuchen, sich neu zur formieren, ein Stück weitergekommen. Am 19.1.91 wurde in München eine neue rechtsradikale Partei gegründet, die „Deutsche Allianz, Vereinigte Rechte“. 300 Personen beteiligten sich an der Gründungsversammlung, etwa ein Drittel soll aus den ehemaligen Ländern der DDR gekommen sein. Im Gründungsvorstand sind Neubauer (ehemaliger Republikaner), Mußnug (ehemaliger NPD-Bundesvorstand), Schützinger (ehemaliger NPD-Landesvorstand Baden Württemberg), Bundesgeschäftsführer ist Glasauer (ehemaliger Republikaner). Die neue Partei ist über Neubauer im Europaparlament und mit einigen ehemaligen Republikanermitgliedern in verschiedenen Kommunalparlamenten vertreten. — (chl, uth)

Schröder und Trittin für Abzug der Luftwaffe aus der Türkei

Hannover. Der niedersächsische Bundesminister Trittin (Grüne) begründete diese Forderung am 22.1. damit, daß der türkische Staatspräsident Özal den Bündnisfall zielfestig für seine eigenen Machtkräfte bezüglich Irak und Kurdistan provozieren wolle. Die Bundesregierung würde sich zum Komplizen machen. Am 23.1. äußerte sich Ministerpräsident Schröder ähnlich in einer Regierungserklärung zum Golfkrieg, worauf er sogleich vom „Verteidigungsexperten“ Horn (Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion) angegriffen wurde. Ein Abzug sei ein „überhaupt nicht mehr vernünftiges Signal“, das in der NATO auch nicht zu vermitteln sei. — (rec)



München. Rund 1000 Teilnehmer — unter ihnen viele Türken und Kurden — demonstrierten zum Türkischen Konsulat und von da zu einer Bundeswehr-Kaserne. Inzwischen hat sich die Reaktion formiert: am 26.1. zogen einige Hundert „gegen Hussein für Amerika“ vor das US-Konsulat. Sie forderten: „Deutschland muß Farbe bekennen und darf sich nicht länger zurückhalten!“ — (ecg)

Urteil gegen Luitgard Hornstein

Neun Jahre Haft ohne jeglichen Hinweis auf Tatbeteiligung

Stuttgart. Am 15. Januar verurteilte der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart Luitgard Hornstein zu neun Jahren Freiheitsstrafe wegen gemeinschaftlich herbeigeführten Sprengstoffanschlags, mitgliedschaftlicher Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Urkundenfälschung und Mißbrauch von Ausweispapieren. In der anschließenden Urteilsbegründung entwarf der Vorsitzende Richter Berroth wieder das Bild von einer „kämpfenden Einheit Kiefernstraße“, zu deren Mitgliedern die bereits verurteilten Chris Kluth, Rico Prauss, Andrea Sievering und nun auch Luitgard gehören sollen. Gemeinschaftlich soll von dieser Gruppe ein Anschlag auf die Rüstungsfirma Dornier im Juli 1986 verübt worden sein. Dabei hatte die in den acht Monaten Prozeß mehrfach wieder aufgenommene Beweisaufnahme nie einen Hinweis auf die konkrete Tatbeteiligung Luitgard Hornsteins hervorgebracht. In ihr ging es der Verteidigung sowieso nur darum, die angeblichen Beschuldigungen gegen die bereits verurteilten DüsseldorferInnen zu widerlegen. Und dies gelang nicht schlecht. Jedoch erreichte die Verteidigung immer schnell die Grenze, wo der feste Verurteilungswille des Senats sichtbar wurde.

So bildete im Urteil die bloße Verbindung von Luitgard zu Andrea, Rico und

Chris die Grundlage für die jetzt verhängten neun Jahre Knast. Den fehlenden Tatbeitrag „wertete“ der Senat laut Berroth wie folgt: einen genauen Tatbeitrag kenne man zwar nicht, aber derartige Anschläge würden arbeitsteilig erleidet, so daß davon ausgegangen werden kann, daß Frau Hornstein in irgendeiner Art und Weise daran beteiligt gewesen sein muß, eben arbeitsteilig. Sogar eine der beiden entlastenden Zeugenaussagen von Ende Dezember '90 stufte das Gericht als durchaus glaubwürdig ein. Die Zeuginnen berichteten, daß sie Andrea Sievering in Düsseldorf an Tagen getroffen hatten, an denen sie nach Auffassung des Gerichts mit letzten Anschlagsvorbereitungen im Bodenseegebiet beschäftigt gewesen sei. Was den Senat jedoch in der abschließenden Beweiswürdigung nicht daran hinderte, diese Aussage passend und damit gleichzeitig entstellend in sein Märchen von der „kämpfenden Einheit Kiefernstraße“ einzubauen.

„Hauptindiz“ für die Verurteilung der anderen drei DüsseldorferInnen war ein sogenanntes Schriftgutachten, das in diesem Verfahren jetzt demonstriert wurde, und damit fallen gelassen werden mußte. Was übrig bleibt, sind die Beziehungen der vier DüsseldorferInnen untereinander und die daraus resultierenden insgesamt 37 Jahre Knast. — (jz)

KTH-Wartelisten wachsen

Mangelsituation wird immer drückender

Hamburg. Anfang Januar stellte der Hamburger Senat seine Pläne zur Erweiterung der Kindertagesheimplätze vor. Danach ist bis Ende 1991 eine Aufstockung um 2200 Plätze geplant. Daß der Platzmangel inzwischen skandalös ist, läßt sich an den Wartelisten der einzelnen Stadtbezirke erscheinen, die offiziell bis zu 500 wartende Kinder aufweisen, die Bedarfsschätzung nennt insgesamt ca. 10000 Plätze. Wie entstehen diese Wartelisten, die einen Bedarf für Kinder von null bis zweihälften Jahren melden? Von Seiten der zuständigen Behörde sowie Politikern werden dafür im wesentlichen folgende Gründe genannt:

1. Obwohl in Hamburg im Vergleich zu anderen Städten ein höherer Vorsorgegrad mit KTH-Plätzen besteht, gibt es aufgrund steigender Geburtenzahlen effektiv zu wenig Plätze.

2. Zur Verschärfung der Mangelsituation hätte die Tatsache beigetragen, daß Plätze falsch belegt sind, d. h. Kinder zu lange auf Plätzen verweilen, die längst nicht mehr ihrer Altersstufe entsprechen (z. B. aufgrund von zu wenig Hortplätzen sitzen Schulkinder noch in den Gruppen von drei- bis sechsjährigen).

3. Es wird ein geändertes Nachfrageverhalten beobachtet, daß die öffentliche Erziehung von Kindern als Notwendigkeit zur besseren Entwicklung angesehen wird.

Die Gründe scheinen auf den ersten Blick plausibel. Doch näher betrachtet ist der Notstand in puncto Kinderunterbringung eine Auswirkung der gesellschaftlichen Entwicklung, besonders der Arbeitsmarktentwicklung.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stetig. Die Veränderungen der Frauenerwerbsmöglichkeiten, wie die ungeschützten Arbeitsverhältnisse, diverse Formen der Teilzeitarbeit, binden immer mehr Frauen mit Kindern ein. Die meisten „Hausfrauen“ arbeiten teils offiziell, teils schwarz. Die Notwendigkeit, in irgendeiner Form dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, zumal die hohe Arbeitslosigkeit eine Familie schnell treffen kann, ist bedeutend. Der Anteil der Alleinerziehenden steigt, viele Alleinerziehende ohne Arbeit leben in Armut. Weiter ist es eine Tatsache, daß die Eltern und Kinder, die jetzt auf den Wartelisten stehen, die sogenannten Aufnahmekriterien trotz Aussiebens alle erfüllen. Diese Kriterien bescheinigen einem praktisch, das man nicht allein in der Lage ist, sein Kind zu betreuen, zum Beispiel wegen Berufstätigkeit, Ausbildung etc. Um in dieser Situation überhaupt einen Lebensstandard annähernd halten zu können, wird die Frage der Möglichkeit von ausreichender Kinderbetreuung immer wichtiger. — (pec)

Staatsanwaltschaft durchsucht IGM-Büros

Heidelberg. Mit Durchsuchungsbefehl vom 2.1.91 hat die Staatsanwaltschaft am 25.1.91 um ca. 10 Uhr die Bürosäume der IGM-Verwaltungsstelle Heidelberg durchsucht. Anlaß war eine Resolution der Vertrauensleutevollkonferenz vom 15.1.1990, mit der die IGM-Funktionäre gegen die Durchsuchung des Grünen-Büros in Bonn protestiert und die Bundeswehrsoldaten für den Fall ihres Kriegseinsatzes zur Fahnenflucht aufgerufen hatten. Die Staatsanwaltschaft verlangte die Herausgabe aller Exemplare der Resolution, aller Dokumente, die darauf Bezug nehmen sowie die Lösung des Textes auf der Festplatte des Computers. Weiter baten die Beamten um die Herausgabe der Anwesenheitsliste der Konferenz, was ihnen verweigert wurde. Der IGM-Vorstand will die Sache nicht publik machen. — (has)

6%-Abschluß ab 1.1. in der Ledererzeugenden Industrie

Weinheim. Das hat die Gewerkschaft Leder mit zwölf Monaten Laufzeit vereinbart, zusätzlich eine geringfügige Anhebung des Weihnachtsgeldes von 50 auf 60 % des Monats-Tarifs ab 92. Ein dreijähriger Abschluß war jetzt ausgefahren (39-Stundenwoche und 3%, 2% und 3% Tariferhöhungen). Der Ortsvorstand Weinheim sieht in diesem Abschluß „keinen Maßstab“ für den zum 1.6. kündbaren Haistarif für C. Freudenberg. Auf Betriebsversammlungen waren deutlich höhere Forderungen (Sockel-Prozent!) genannt worden. Ca. 3700 CF'er haben in einer Unterschriftenaktion von der Gewerkschaft eine „vorzeitige Entfristung des Tarifvertrages“ gefordert. — (bef)



Frankfurt. Derzeit finden in Hessen Verhandlungen zum Hessischen Lohntarif statt. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß die Bezirksleitung der ÖTV besonderes Gewicht auf die Verbesserung der Stellung der schlechtbezahlten Reinigungsfrauen legt. Quelle: Dokumente * Nachrichten * Diskussion 3/91. — (jöd)

Sana soll Krankenhaus führen

„Manager“ soll weitgehende Entscheidungsbefugnisse erhalten

Stuttgart. Seit Oktober letzten Jahres dauert die Auseinandersetzung um die Übernahme der Betriebsführung des städtischen Katharinenhospitals (1035 Betten der Maximalversorgungsstufe) durch die Sana Kliniken-GmbH. Auf

Personalversammlungen sowie in Presseerklärungen und Flugblättern von ÖTV bzw. Personalrat wurden erhebliche Bedenken vorgetragen. Trotzdem zeichnet sich eine Mehrheit im Gemeinderat für ein Sana-Management ab.

Die Sana Kliniken GmbH ist eine Gesellschaft von Privatversicherungen, die Krankenhäuser aufkauft (bisher bundesweit 11 Krankenhäuser mit 1444 Betten) und die Geschäftsführung von Krankenhäusern auf Vertragsbasis anstrebt. Die Senkung der Pflegesätze und damit der Kosten der Krankenkassen ist ihr Hauptanliegen.

Das Katharinenhospital weist ein Defizit von jährlich ca. 11,5 Mio DM (im Durchschnitt der letzten 10 Jahre) auf. Es hat verschiedene Ursachen: die von den Krankenkassen gezahlten Pflegesätze sind zu niedrig und decken die Kosten der Patientenbehandlung nicht; einige Kosten — z.B. der Zuschuß für das Personalwohnheim und das Kindertagheim — übernehmen die Kassen grundsätzlich nicht; aufgrund zu niedriger Honorarabgaben der Chefarzte an die Stadt entsteht ein Fehlbetrag im ambulanten Bereich. Dieses Defizit muß über den städtischen Haushalt ausgeglichen werden und ist der Ausgangspunkt für die Absicht, der Sana die Betriebsführung zu übertragen.

Nach den Entwürfen eines „Managementvertrags“ zwischen der Stadt und der Sana sowie einer neuen Dienstordnung

für das Katharinenhospital soll der Sana-Manager zunächst für sieben Jahre eingesetzt werden und weitreichende Direktionsrechte erhalten:

— Der Manager wird der bisherigen dreiköpfigen Krankenhausleitung, bestehend aus Verwaltungsdirektor, ärztlichem Direktor und Pflegedienstleiterin vorgesetzt.

— Der Manager kann „grundsätzliche Entscheidungen zum Vollzug des Wirtschaftsplans“ fällen, das Krankenhausbudget auf die einzelnen Kliniken aufteilten und leitenden Ärzten „Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten“ schaffen.

— Er hat das Recht, den „Personalbedarf aller Abteilungen im Rahmen des Krankenhausbudgets“ festzustellen und Fragen der Einstellung, Eingrupierung, Entlassung und soziale Angelegenheiten von Arbeitern und Angestellten zu entscheiden.

— Städtische Dienste (Beispiel: Wäscherei) sollen im Katharinenhospital nur noch insoweit in Anspruch genommen werden „als dies zu Marktkonditionen erfolgen kann bzw. von den Kostenträgern in den Budgets akzeptiert wird.“

— Ferner sollen „einheitliche Lösun-

gen für alle städtischen Kliniken nur dann unter Einschluß des Katharinenhospitals erfolgen, wenn die betrieblichen Besonderheiten ... unter Beachtung des wirtschaftlichen Ergebnisses keine individuelle Lösung erforderlich.“

— Die Investitionspläne sollen mit denen der Sana-Kliniken abgestimmt werden, das Sana-Medizintechnische Zentrum soll genutzt und die Beschaffung des laufenden Bedarfs durch „zentralen Einkauf“ bei der Sana erfolgen.

Das von den Kassen zugestandene Budget soll demnach zum Maßstab der Patientenversorgung und der Arbeitsbedingungen werden. Durch finanzielle Anreize und finanziellen Druck sollen die leitenden Ärzte auf dieses Konzept eingeschworen werden und es gegen die nachgeordneten Beschäftigten durchsetzen. Zu diesem Zweck muß die bisherige Krankenhausleitung und der Gemeinderat entrichtet werden und die Be schlüßfassung in die Hände eines „Managers“, der mit der Patientenversorgung direkt nichts zu tun hat, gelegt werden. Es ist ein erster Schritt in Richtung Entlassung des Krankenhauses aus der kommunalen Verantwortung. — (ev)

Welch ein Zynismus!

Wie die Berliner Verwaltung mit den Beschäftigten umspringt

Berlin. Der „Einigungsvertrag“ bestimmt in Artikel 20, Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nummer 1 die Bedingungen, unter welchen Beschäftigte aus der öffentlichen Verwaltung der DDR einschließlich Ostberlins übernommen werden — und wann nicht.

Zwei Besonderheiten kennzeichnen die Berliner Situation: Es ist das einzige Bundesland, indem Teile der alten BRD und der ehemaligen DDR zusammengeführt werden und es existieren hier zwei in Teilen parallele Verwaltungen: Bezirksämter, Schulen u. ä. im Ostteil der Stadt, die man weiterhin braucht, werden überführt, nachdem sie persönlich gesäubert wurden. Das gleiche gilt für Feuerwehr und Polizei, wenngleich mit Einschränkungen. Anders im Justizbereich: Richter, Staatsanwälte und Beschäftigte im Justizvollzug werden grundsätzlich abgewickelt. Abgewickelt werden auch große Teile der Magistratsverwaltungen, was in Westberlin den Senatsverwaltungen entspricht. Besonders auch trifft es die Bereiche Kultur und Wissenschaft, da im „Schaufenster der freien Welt“ bewußt Gegenpole aufgebaut wurden wie z. B. die Freie Universität. Auf diese Art und Weise wird die Gesamtberliner Verwaltung auf etwa 175000 Beschäftigte reduziert: Rund 100000 aus dem Westteil der Stadt und etwa 75000 aus dem Osteil. Obwohl konkrete Zahlen noch nicht vorliegen, geht der ehemalige Finanzsenator Meissner von 25000 Beschäftigten aus, für die Wartegeld gezahlt werden muß. Anders ausgedrückt: Etwa ein Viertel des Ostberliner öffentlichen Dienstes wird abgewickelt! In zwei Gesetzen „... zur Vereinheitlichung des Berliner Landrechts“ wurde die Übernahme bzw. Abwicklung beschlossen. Wer Glück hatte, erhielt einen Brief folgenden Inhalts: „... Zur Umsetzung der Bestimmung des Einigungsvertrages hat die Gesamtberliner Landesregierung ... beschlossen, daß bestimmte Einrichtungen und Teileinrichtungen überführt werden. Sie sind in einer solchen Einrichtung beschäftigt ...“ Wessen Einrichtung nicht übernommen wurde, wird automatisch abgewickelt. Das bedeutet, daß man sich in der „Warteschleife“ befindet. Je nach Alter erhält man 6 oder 9 Monate lang 70 % des Monatseinkommens. Dabei wird teilweise ein übles Spiel getrieben. Denn in manchen Einrichtungen werden zwar die Beschäftigten abgewickelt, die Einrichtungen als solches bleiben in privater oder gemeinnütziger Trägerschaft erhalten. Konkret heißt das, die dort Beschäftigten müssen sich neu bewerben. Dem neuen Träger wird es so ermöglicht, sich die ihm Ge nehmen auszusuchen. Genehm bezieht sich zwar hauptsächlich auf die politische Vergangenheit eines Beschäftigten.

Einmal übernommen bedeutet jedoch noch lange nicht, Ruhe zu haben. „Angesichts der sich stetig verbessernden Möglichkeiten, Informationen aus den entsprechenden Akten des MfS/AfNS, der SED und der anderen Blockparteien sowie der Massenorganisationen zu erhalten, ist es möglich, aus gegebenem Anlaß auch später noch die Angaben im Personalfragebogen zu überprüfen.“ Wer für das MfS/AfNS gearbeitet hat, „jeder einzelne — gleichgültig, ob Handwerker, Schreibkraft oder Vernehmer“ für den gilt „regelmäßig die Nichteignung für eine Tätigkeit in der Berliner Verwaltung“. Dies gilt ohne zeitliche Begrenzung. Noch für die Dauer von zwei Jahren kann außerdem gekündigt werden, wer „wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder per sönlicher Eignung den Anforderungen nicht entspricht“. „wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr verwendbar“ ist oder die bisherige Beschäftigungsstelle ersatzlos aufgelöst, verschmelzt oder eingegliedert wird, also fast jede/r.

„Die Ergebnisse der Fragebogenaktion (sind) statistisch zu erfassen. Zu nächst im Abstand von einem Monat beginnend nach dem Stande vom 15. Januar 1991, werden wir mindestens folgende Angaben erfragen: Anzahl der Fragebögen mit Auffälligkeiten, Anzahl der — außerordentlichen Kündigungen, — ordentlichen Kündigungen jeweils gegliedert nach den Kündigungsgründen ...“ Welch ein Zynismus! — (har)



Stuttgart. Späth, der sich selbst einmal als „Laufbursche von Daimler“ bezeichnete, hat einen Nachfolger erhalten, der, aus dem rechtskatholischen Teil der CDU stammend, als moralisch einwandfrei gilt: Erwin Teufel, bisher als Fraktionsführer aufgetreten durch Kämpfe für einen schärferen § 218. Bei der Wahl entfielen auf ihn mindestens fünf Stimmen aus der Opposition. SPD und Grüne vermuten, daß das ein Koalitionsangebot der FDP nach den Landtagswahlen ist. Bild: Anti-Daimler-Demo. — (alk)

Aus Ländern und Gemeinden

Bundespostministerium greift in Rundfunkrechte der Länder ein

Stuttgart. Das Bundespostministerium verweigert dem Südwestfunk (SWF) die Fernmeldetechnische Genehmigung zum Betrieb des neuen landesweiten Baden-Württemberg-Programms auf zwei Frequenzen. Diese Frequenzen sind dem SWF aber nach der Fusion von SWF und SDR von der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) in Baden-Württemberg zugeteilt worden. Der Deutschlandfunk (DLF) benutzt diese Frequenzen seit 1984 nach Zuteilung durch das Bundespostministerium. Dies sei nur leihweise geschehen, sagt der SWF; aufgrund der rundfunkrechtlichen Länderkompetenzen sei die Zuteilung durch die LfK rechtsverbindlich; die Parteinahme des Bundespostministeriums für den DLF sei ein „Mißbrauch der fernmelderechtlichen Postkompetenzen zugunsten rundfunkpolitischer Interessen des Bundesinnenministeriums“. Nachdem durch den Anschluß der ehemaligen DDR die Bedeutung des DLF für die Ostpropaganda schwand, soll er vermutlich zu einem bundesweiten regierungsnahen Sender nach innen werden. Er soll vor allem in den Ballungsgebieten UKW-Frequenzen erhalten. — (alk)

Stadt lehnt Brief an Patenkriegsschiff ab

Freiburg. Die Linken Liste / Friedensliste hatte mit Unterstützung der Grünen beantragt, der Gemeinderat möge einen Brief an die Besatzung des Versorgers „Freiburg“, mit dem die Stadt seit Jahren eine umstrittene Patenschaft pflegt, richten, in dem u.a. die Besatzung aufgefordert wird, einen Einsatzbefehl des Versorgers zwecks Beteiligung am Golfkrieg zu verweigern. OB Böhme ließ durch das Rechtsamt die Behandlung dieses Antrags im Gemeinderat verhindern. Begründung: Außenpolitik gehöre nicht zum Aufgabengebiet der Gemeinde, eine spezifische Betroffenheit der Bürger sei nicht gegeben. Müßte dann aber nicht die Patenschaft gekündigt werden? Die Antragsteller erwägen jetzt rechtliche Schritte. — (ulb)

Bayerische Städte und Kreise gegen Gewerbesteueralterungen

Augsburg. Proteste lösten die Bonner Koalitionsvereinbarungen aus, die die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und weitere Aushöhlung der Gewerbeertragsteuer sofort in Ost- und dann in Gesamtdutschland vorsehen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städteverbands brauchte heftige Worte: „Geradezu als Hohn muß es in den Ohren der Bürger klingen, wenn die Gewerbesteuer mit dem Argument der überhöhten Steuerbelastung der Unternehmen demonstriert wird. Die Wirtschaft der BRD befindet sich derzeit wie keine andere vergleichbare Volkswirtschaft in einem Boom. Die Unternehmen fahren Jahr für Jahr zweistellige Gewinne ein. Und jetzt will der Finanzminister diese Gewinne noch steigern, indem er den Unternehmen Gewerbesteuer erspart.“ Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen wären so unumgänglich. Die kommunale Finanzhöheit steht nach Meinung des Landkreistages auf dem Spiel. Die von Bonn als „Ausgleich“ angebotene Reduzierung der Gewerbesteueralterung wird abgelehnt, da sie die Kommunen noch mehr zu staatlichen Almosenempfängern degradieren würde. — (ba)

Atommülltransport von Transportarbeitern verhindert

Braunschweig. Rotterdamer Transportarbeiter weigerten sich, 26 verbrauchte Kernbrennmaterialien aus dem Forschungsreaktor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) Braunschweig auf ein Schiff nach einem schottischen Atommülllager zu verladen, da das vorgesehene Schiff nicht für Nukleartransporte vorgesehen war. Auf Anordnung der niederländischen Regierung mußte der LKW mit den Brennmaterialien in die Bundesrepublik zurückkehren und steht seitdem ungeöffnet wieder auf dem PTB-Gelände, obwohl die PTB keine Genehmigung für Lagerung, sondern nur für „Verwendung“ radioaktiver Stoffe besitzt. Das Bundesumweltministerium will jetzt erneut einen Transportweg nach Schottland finden. — (kek)

Jagdgeschwader „Richthofen“ in die Golfregion?

Hannover. Im Auftrag des Luftflottenkommandos ist eine interne Studie erstellt worden, die das Problem einer Verlegung des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen“ im ostfriesischen Wittmund in die Golfregion geprüft hat. Die Wahrscheinlichkeit einer Verlegung werde als sehr gering angesehen, soll das Ergebnis des Berichtes sein. Der Bedarf an Kapazitäten für den Transport der notwendigen Infrastruktur werde als sehr hoch angesehen. Auf einmal? Das Geschwader in Wittmund verfügt über zwei Staffeln mit je 18 Phantom-Jagdflugzeugen.

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung — (bec)

Einberufungsbescheid Alarmreserve

Hannover. Aus einem Flugblatt der „FreundInnen der alternativen Provinz“ verteilt auf der Demonstration gegen den Fliegerhorst Wunstorf: „Tausende Wehrpflichtige, die ihren Dienst bereits abgeleistet haben, erhielten in diesen Tagen Post von den Kreiswehrersatzämtern. Überschrift: Einberufungsbescheid Alarmreserve. Nach Verkündung des Verteidigungsfalls bzw. nach dessen Eintritt haben Sie sich, ohne weitere Aufforderungen abzuwarten, unverzüglich beim Truppenteil (...) zum unbefristeten Wehrdienst (...) zum Diensteintritt zu stellen. Das gilt auch, wenn die Bundesregierung durch öffentlichen Aufruf (Fernsehen, Hörfunk, Presse) für — die Alarmreserve geschlossen (ohne Rücksicht auf ein Kennwort) — oder einen Teil der Alarmreserve mit dem Kennwort Lila Pferd eine als Bereitschaftsdienst abzuleistende Wehrübung von unbestimmter Dauer gemäß § 6 Abs. 6 und § 49 WPfG anordnet (...). Falls Sie Ihren Bestimmungsort nicht erreichen können, haben Sie sich bei der nächstgelegenen Dienststelle der Bundeswehr oder einem Truppenteil zu melden... Anderen Personen ist der Einberufungsbescheid nicht zugänglich zu machen.“ (nach UZ, 11.1.1991)

Während die Hardthöhe behauptet, es würden derzeit keine Reservisten eingezogen, es sei denn für lange zuvor verabredete Übungen, ist die Frage erlaubt, seit wann denn derartige Übungen unbefristet angesetzt werden. Von den Kreiswehrersatzämtern in Düsseldorf und Dortmund wurde die Korrektheit obiger Meldung der UZ gegenüber bestätigt. — (bec)

„Abwicklung“ — ein neues Phänomen in der ostdeutschen Hochschullandschaft

Leipzig. Ein Gespenst geht um an ostdeutschen Universitäten-, Hoch- und Fachschulen. Das Gespenst heißt Abwicklung.

Dieser Begriff gehörte bis vor wenigen Wochen noch nicht zum aktiven Sprachschatz der Ex-DDR-Bürger. Das hat sich rasch geändert. An den hiesigen Universitäten, Hoch- und Fachschulen ist „Abwicklung“ über Nacht zum am häufigsten gebrauchten Wort avanciert. Ein Blick in den Duden führt uns sofort auf den eigentlichen Kern des Problems. Abwicklung wird dort als das klassifiziert, was es ist — Liquidation.

Genau darum geht es gegenwärtig. Ganze Bildungseinrichtungen, die teilweise in der ganzen Welt bekannt sind, wie die Leipziger Hochschule für Körperkultur und Sport oder das Literaturinstitut „Johannes R. Becher“, sind durch einen Federstrich der sächsischen Landesherrschaft Biedenkopfer Gnaden ausgelöscht worden. Darüber hinaus betrifft die Liquidation eine Reihe von Fachbereichen an Universitäten und Hochschulen. Besonders arg trifft es die großen Universitäten. Allein an der Berliner Humboldt-Universität werden davon rund 9000 Studenten direkt betroffen, mehr als die Hälfte der dortigen Studentenschaft. An der ältesten Universität Ostdeutschlands, der alma mater Lipsiensis, der Karl-Marx-Universität, werden gegenwärtig die Bereiche Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft, Journalistik, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie, Pädagogik und Psychologie sowie Teile der Geschichtswissenschaft abgewickelt.

Wie kam es zu all diesen Beschlüssen, und was steckt hinter ihnen?

Eigentlich sollte die Hochschullandschaft der ehemaligen DDR bereits bis zum Tage des Anschlusses an die BRD bereinigt sein. Aber das erwies sich als Illusion. So waren am 3. Oktober 1990 bei weitem noch nicht alle „Erblasten“ im Hochschulwesen beseitigt, obwohl an den Bildungsstätten von innen heraus zügig reformiert wurde. Die Wissenschaftler und Studenten begannen die Autonomie der Universitäten zu praktizieren. Viel Neues wurde dabei geboren, das von demokratischer Mitbestimmung aller Gliederungen an den höchsten Bildungsstätten geprägt war. So gab es ernsthafte Ansätze, Formen wirklicher Mitbestimmung der Studenten und des akademischen Mittelbaus zu finden. So manche westdeutsche Universität hätte sich an diesem demokratischen Geist ein Beispiel nehmen können.

Aber dies paßte nicht in das Kalkül derer, die nun in Ost- und Westdeutschland die Macht ausübten. Von DDR-Identität an Universitäten sollte nichts, aber auch gar nichts bleiben. Ursprünglich zugesagte Überprüfungen durch unabhängige wissenschaftliche Gremien blieben aus. Mit den betreffenden Wissenschaftlern — die Studenten blieben ohnehin außen vor — wurden im Vorfeld keinerlei

lei ernsthafte Gespräche geführt. Ja die Zeit wurde bewußt verschlafen, denn der sogenannte Einigungsvertrag hatte für die Abwicklung eine unüberschreitbare Frist bis zum 2. Januar 1991 gesetzt.

Mancher Wissenschaftler oder Student der jetzt betroffenen Einrichtungen mag sich vielleicht schon in Sicherheit gewogen und angenommen haben, daß das Gespenst der Abwicklung an seinem Bereich vorbeigehen würde. Nicht wenige konnten sich ja offenbar auch wirklich sicher fühlen, waren sie doch noch rasch aus der SED oder später der PDS ausgetreten, meist, um vor der eigenen Vergangenheit zu fliehen. Einige Hochschullehrer boten ihren Studenten von einer Woche zur anderen völlig gewandelte „politische Einsichten“ feil. Honoriert wurden diese Verwandlungsakte allerdings in den wenigsten Fällen, weder von den Studenten noch von den neuen Regierern. Für sie war der Geistesprung von der Anbetung der sozialistischen Planwirtschaft zur Vergötterung der „sozialen“ Marktwirtschaft dann doch zu arg.

Der Zeitpunkt der Verkündung der Abwicklungsbeschlüsse war ohne Zweifel geschickt gewählt. Die sächsischen Hochschulangehörigen, einschließlich der Rektoren, erfuhren von den Liquidierungen am 11. Dezember aus der Morgenpresse. Inzwischen war ja die Ernte für die „Einheitspolitik“ bei den Bundestagswahl eingefahren worden, und man mußte keine Rücksicht auf das Wählerverhalten mehr nehmen. Darüberhinaus war einkalkuliert, daß ja die bevorstehenden Feiertage zu Weihnachten und zum Jahreswechsel größeren Protestaktionen entgegenwirken würden. Noch arger und überraschender traf es die Ostberliner Hochschuleinrichtungen. Hier wurde das „Aus“ erst am 22. Dezember verkündet, noch dazu von einem Senat, der eigentlich bereits „abgewickelt“ gehört hätte.

Aber jene, die eventuell die Stimmungslage an den ostdeutschen Universitäten vorher analysiert haben, müssen ihren Job wohl nicht gut ausgefüllt ha-

ben, denn ihre Voraussagen gingen nicht auf. Ein Teil der Studenten und auch Wissenschaftler nahmen die behördlichen Eingriffe in die Autonomie der Universitäten und Hochschulen nicht willens hin. Sie regten sich zu vielfältigen Protestaktionen, wie man sie nach dem Marsch in den deutschen Zusammenschluß kaum für möglich gehalten hätte.

Dabei geht es den Studenten nicht um die „Rettung“ jedes ihrer Hochschullehrer. Aber sie richten sich gegen einen undifferenzierten Kahlschlag in der Wissenschaftslandschaft. Und sie meinen auch, daß die „Altstalinisten“ beileibe nicht nur unter den Geistes- und Sozialwissenschaftlern zu finden sind. Sie verlangen echte studentische Mitbestimmung und keine kritiklose Übernahme westdeutscher Hochschulmodelle.

Eine gewisse Mitbestimmung ist inzwischen bereits erzielt. Und es gibt auch die Zusage, das Studium fortsetzen zu können. Ob weitere Forderungen erfüllt werden müssen, hängt sicher in erster Linie vom Beharrungsvermögen der Protestierer ab. Aber es dürfte auch wichtig sein, wie sich die Solidarität an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen artikuliert. Denn eines steht mit Sicherheit fest: Wenn an den ostdeutschen Universitäten nicht wenigstens Teilergebnisse erreicht werden, dann hat das auch Auswirkungen auf die Stellung linker Kräfte an den westdeutschen Bildungseinrichtungen.

Wie die Aktionen in Berlin, Leipzig, Halle, Rostock oder anderen ostdeutschen Hochschulstätten auch immer ausgehen mögen, haben sie doch zumindest bereits angekündigt, daß sich die ehemaligen DDR-Bürger nicht als willfähriges Stimmvieh verstehen und daß seitens der Regierenden mit weiteren Protestaktionen zu rechnen ist. Ob die derzeitigen Aktionen mit den 68iger Studentenbewegungen in Westdeutschland vergleichbar sind, muß abgewartet werden. Sie stehen diesen aber offenbar in vielem nicht nach.

Dozent Dr. sc. phil. Dietmar Pellmann, Leipzig.



Besetzung des Leipziger Literaturinstituts

DDR-Endlager geerbt

Nach Gorleben und Schacht Konrad nun Zugriff auf Morsleben

Lüneburg. Seit 1977 wird in Gorleben an einem zukünftigen Endlager geplant, gebaut, prozessiert und Widerstand geleistet. Wenn überhaupt, wird mit seiner Fertigstellung nicht vor 2008 gerechnet. Nicht viel besser steht es mit dem Schacht Konrad, um den es in den letzten Monaten ein zähes Ringen zwischen der rot-grünen Landesregierung Niedersachsen und dem Bundesumweltminister Töpfer gab.

Das Fehlen einer geeigneten Endlagerstätte bewirkt, daß in den bundesdeutschen Kernkraftwerken die Zwischenbecken überquillen und z.B. der verstrahlte Stahl von 350 t aus der Demontage der Niederaichacher Atomruine zwischenzeitlich ins Karlsruher Kernforschungszentrum abgeschoben werden muß.

Nun aber winkt der westdeutschen Atomindustrie eine „Endlösung“. Mit der Vereinnahmung der DDR-Energiewirtschaft und ihrer Atomanlagen gehört ihnen auch das seit 1978 bestehende Endlager in Morsleben bei Magdeburg. Mit einem Fassungsvermögen von 5 Mio cbm, von dem zur Zeit erst

cirka 75000 cbm technologisch erschlossen sind, verspricht es eine fast unbegrenzte Aufnahmefähigkeit für mittel- und schwachradioaktiven Atommüll.

Nach einer Studie des Ökoinstituts in Darmstadt ist das Lager jedoch sicherheitstechnisch „eine einzige Katastrophe“. So fällt z.B. der größte Teil der radioaktiven Festabfälle einfach ohne jede Verpackung wie im Plumbsklo in den Schacht, für den wegen unsachgemäßer Bauweise Einsturzgefahr besteht und die Gefahr, daß das Atomlager einschläft.

Dennoch geht das Bonner Umweltministerium — entgegen der sonstigen bundesrepublikanischen Gepflogenheit, daß alle DDR-Industrieanlagen sowieso Schrott sind — davon aus, daß keine akute Gefahr für das Lager besteht. Das Atomgesetz (AtG) der BRD wurde bereits im September vorigen Jahres extra für einen Weiterbetrieb passend gemacht.

Der neu eingefügte § 57 gibt dem Endlager Morsleben einen Bestandschutz bis zum Jahre 2000, so als hätte es eine (alt-

bundesdeutsche) Genehmigung nach § 9 AtG. Ob solch eine Auslegung juristisch haltbar ist, mögen Verfassungskläger herausfinden. Inzwischen wird aber nicht nur ohne Unterbrechung DDR-Müll weiter eingelagert, sondern auch mit dem Blick auf ein Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit — das das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat — Anfang dieses Jahres auf die Einlagerung westdeutschen Atommülls spekuliert.

Gelingt es der BRD nach 25 Jahren mühevollen Rings für die Endlagerfrage einen Status quo zu schaffen, wäre das nicht nur für Morsleben, sondern auch für Gorleben und den Schacht Konrad eine schlimme Sache — für die Atomkonzerne aber europa- und weltweit ein beispielhafter Durchbruch.

Gegen eine Weiterführung des Lagers haben inzwischen die deutsche Zentrale der Umweltschutzorganisation Greenpeace in Hamburg und der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Protest und Klage beim Bezirksgericht Magdeburg erhoben. — (edl)

Einige Bemerkungen zur Kriegspropaganda der BRD-Medien

In der Bevölkerung der BRD fehlt die Bereitschaft zum Krieg. Das beunruhigt die Herrschenden, denn die Politik der Destabilisierung der Länder im östlichen Europa und in der Dritten Welt kann ohne Gewalt nicht auskommen.

Absolute Angriffsmacht oder der große Luftsieg der High-Tech-Nationen

Bereits am Tag nach dem Angriff auf den Irak hieß es, die Luftwaffe der unter dem Oberbefehl der USA stehenden alliierten Streitkräfte habe die militärische Infrastruktur des Irak praktisch völlig zerstört, und das ohne eigene Verluste. Dieser große Sieg ist erlogen. Offenbar hat der Irak seine Luftwaffe so geschickt verborgen und verbunkert, daß selbst jetzt noch mehr als die Hälfte einsatzfähig sein soll. Der Erhalt einer eigenen Luftwaffe trotz langdauernder Luftüberlegenheit des Angreifers ist ein Novum in der Kriegsgeschichte. Nach der Kriegskunst steht die Alternative: sofortiger Luftkampf oder Zerstörung auf dem Boden. Dementsprechend hatten die US-Strategen offenbar gerechnet, die Luftwaffe des Irak zu einer Lufschlacht zwingen und in dieser vernichten zu können. Diese Ansicht stützt sich auf eine hohe Einschätzung moderner Aufklärungssysteme — Stichwort Satelliten, Lasertechnik u. a. m. Inzwischen steht fest, daß die irakischen Truppen die hochmodernen Erkennungs- und Zielansprechsysteme in großem Umfang zu täuschen verstehen. Der große und verlustfreie Luftsieg der High-Tech-Kräfte hatte in einer Schießübung auf bereitgestellte Attrappen bestanden.

Die Folgen für die Luftkriegsstrategie der USA waren und sind erheblich. Zuerst ging man den Weg, die Angriffsmittel räumlich näher und zeitlich länger an die Zielsobjekte heranzuführen. Dies hat bei den alliierten Truppen offenbar nicht unerhebliche Verluste an fliegendem Material und Menschen verursacht, wobei Tag für Tag unklarer wurde, ob der angepeilte militärische Nutzeffekt — völlige Lufthoheit — überhaupt auf diesem Wege erzielt werden kann. Prompt schen wir die Streitkräfte auf einem anderen Weg:

Man ging zu sogenannten strategischen, d. h. Flächenbombardements gegen alle technischen Einrichtungen vor. So hat man z. B. völkerrechtswidrig die Wasserver- und -entsorgung in Bagdad ausgeschaltet (Art. 54 des 46. Zusatzprotokolls zum Genfer Abkommen verbietet den Angriff auf für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Objekte wie z. B. Trinkwasserversorgungsanlagen). Auf diese Eskalation hat die irakische Regierung mit der Ankündigung reagiert, gefangene Piloten in der Nähe solcher Einrichtungen unterzubringen — d. h. in die Nähe von wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen, Bildungs- und anderen Einrichtungen, wie die Ankündigung genau lautete. Dies löste einen Skandal aus. Es hande sich um eine Verletzung der Genfer Konvention und um ein Kriegsverbrechen Saddam Husseins. Nun besteht kein Zweifel, daß Person und Regime Saddam Husseins zu Verbrechen bereit und grausamer Verbrechen schuldig sind, so des Verbrechens, in Giftgasangriffen auf kurdische Siedlungen Tausende von Menschen getötet zu haben. Wer aber im konkreten Fall über die Tatsachen nachdenkt, wird leicht erkennen, daß der Irak angesichts der Flächenbombardements der USA und anderer gar keine Möglichkeit hat, Gefangene an einem Ort unterzubringen, der „sicher“ ist, d. h. gewiß nicht bombardiert wird. Vielmehr liest sich aus der Ankündigung der USA, dem Konzept des Luftkrieges nichts ändern zu wollen, heraus, daß der Angriff auf jede Art von Zielen oder Nicht-Zielen ausgedehnt werden soll, wie dies inzwischen täglich stattfindet.

Absoluter Selbstschutz oder der völlig unbeteiligte Staat Israel

Irak hatte angekündigt, im Falle eines Angriffes der USA auch gegen Israel militärisch vorgehen zu wollen, und hat dies auch getan. Dies wurde und wird dem Irak als völkerrechtswidriges Vorgehen gegen Unbeteiligte angelastet.

Die Medien-Chefs rechnen fest auf die Technik, mit einer Vielzahl neuer Informationen ältere sozusagen aus dem Gehirn spülen zu können. Die hier abzutörende Erinnerung ist die an den Luftangriff, mit dem Israel — das selbst im Gegensatz zum Irak den Atomwaffensperr-

vertrag nicht unterschrieben hat und auch über Atomwaffen verfügt — ohne jede Vorwarnung 1981 die Großbaustelle des Atomreaktors „Osirak“ im Irak verwüstete, wobei auch anderweitig große Schäden entstanden und Israel zu dem den Luftraum Saudi-Arabien verletzte. Dieser Angriff wurde damals höchstens milde gerügt, teilweise sogar als großer Waffentat gerühmt. Israel rechtfertigte den Angriff damit, daß es sich mit Irak im Kriegszustand befände (kein Friedensschluß nach dem Krieg von 1973). Der Irak war aus politischen (Verletzung fremden Luftraums) und vielleicht auch technischen Gründen damals nicht in der Lage, militärisch zu antworten. Wer aber mit dem Völkerrecht argumentiert, muß nicht nur zugeben, daß der Kriegszustand zwischen Israel und Irak bis heute andauert, und zwar wegen der israelischen Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen; der muß vor allem auch zugeben, daß seither der Irak das Völkerrecht zum Gegenschlag hat. Die bisherigen Schläge des Irak gegen Israel mögen politisch falsch und militaristisch sein, ein Bruch des Völkerrechts sind sie nicht. Dies wäre anders, wenn Irak gegen Israel Giftgasraketen eingesetzt hätte; ein Einsatz, der von der westlichen Propaganda herbeigedreht, fast schon herbeigesucht wird.

Tatsache ist, daß Israel seinerzeit geglaubt hatte, ungeahndet zuschlagen zu können. Dieser Glaube soll gegenwärtig durch den Einsatz des „Patriot“-Raketenabwehrsystems wieder aufgebaut werden.

Die angegriffene Türkei und das Liebäugeln der BRD mit Verfassungsbruch

Die BRD hat im Unterschied zu anderen Staaten nicht die Möglichkeit, einen völkerrechtlich zulässigen Angriffskrieg zu führen. So will es die Verfassung der BRD, die damit eine Konsequenz aus der deutschen Geschichte zog (Artikel 26 GG).

Dementsprechend ist für die BRD nur die Beteiligung an solchen Bündnissen zulässig, die ihrerseits als reine Verteidigungsbündnisse verfaßt sind. Ein solches Bündnis ist — immer formell betrachtet — die NATO. Der Bündnisfall tritt nach dem NATO-Vertrag nur in Kraft, wenn die Vertreter der verbündeten Nationen einstimmig feststellen, daß eines der Mitglieder tatsächlich angegriffen worden ist.

Dieser Rechtsstand wird schon seit Sommer in der BRD diskutiert. Im Gerede ist eine Neuregelung der Verfassung, die es der BRD ermöglichen soll, zur Verwirklichung von Zielsetzungen bzw. Beschlüssen der UNO in Kriege zu ziehen. Das erlaubt die Verfassung der BRD ganz eindeutig nicht. Aber es gibt Anforderungen aus der Praxis ...

Nachdem die USA vom gezielten Luftangriff zum flächigen Terrorbombardement übergegangen sind, änderten sich selbstverständlich die Massen an Sprengmitteln, die sie einsetzen. Es gab logistische Probleme großen Ausmaßes. Diese löste man u.a. durch Rückgriff auf die militärische Infrastruktur der USA und der NATO im Mittelmeerraum, auf die die Luftkräfte der USA in der Türkei sich stützen können. Diese Infrastruktur ist sehr leistungsfähig, da sie darauf berechnet war, dem Warschauer Pakt entgegentreten zu können. Nun fliegen die USA Bombenangriffe und Versorgungsflüge ausgehend vom Staatsgebiet der Türkei, über den Irak weg, landen in Saudi-Arabien und fliegen zurück.

Es steht ohne Zweifel fest, daß die Türkei sich damit unter die Angreifer des Irak eingereiht hat. Ein UNO-Beschluß vom 15. Dezember 1974 kennzeichnet die Einsatzerlaubnis für Flugzeuge Dritter im Kriegsfall eindeutig als „Aggressionshandlung“ (s. Spiegel 5/91, S. 19). Mit dieser ihrer Kriegshandlung hat sich die Türkei in eine Operation eingereiht, für die es keinerlei NATO-Beschluß gab noch geben konnte, denn Kuwait, dem angeblich beigebringen wird, war nicht NATO-Mitglied und konnte es auch nicht sein.

Ferner deutet der Kriegsverlauf darauf hin, daß die USA mit ihren Expeditionstruppen bzw. mit den ihrem Oberbefehl unterstellten alliierten Streitkräften

die Bereitschaft zur Gewalt, zum Krieg als Mittel der Politik, ist also herzustellen. In den letzten Tagen und Wochen schält sich heraus, wie die Intendanten der Rundfunkanstalten und die Chefs der großen Verlage sich die Lösung dieser Aufgabe vorstellen.

Es geht dabei um die Kunst des Lügens. Einige dieser Lügen sind schon geplatzt, andere sind ziemlich durchsichtig, dritte wiederum werden wahrscheinlich gerade in diesem Augenblick neu erfinden.

Bekanntlich hat es das Regime der Türkei schwer. Es könnte aus eigener Kraft weder den Klassenkämpfen der türkischen Arbeiter und Bauern noch dem Streben des kurdischen Volkes nach Unabhängigkeit standhalten. Die Einstellung von Bundeswehr in der Türkei würde die jetzt bereits bestehende wirtschaftliche Kontrolle der BRD-Konzerne militärisch abrunden. Der türkische Staat würde ein rundum abhängiges Geblüde, die Türkei eine echte Halbkolonie mit ausgedehntem BRD-Einfluß.

Die Türkei tut das gleiche, was die BRD tut, hat Bundesaußenminister Genscher dem „Spiegel“ (5/91) zufolge die Aggressionshandlung der Türkei gerechtfertigt. Tatsächlich ist die BRD tief in den Angriffsrieg verwickelt: mit finanzieller, logistischer und Waffenhilfe für die Angreifer und zusätzlich mit

Entwicklung der industrialisierten Welt kämpft. Bei der Ausbeutung der Ressourcen durch Kuwait kommen die Erlöse nicht der Entwicklung von Kuwait zugute, sondern werden in die Weltwirtschaft des Westens reinvestiert.

Für den erbitterten Widerstand des Irak ist der Zustand der Weltwirtschaft verantwortlich, der es keinem Land der Dritten Welt mehr erlaubt, sich zu entwickeln. Besonders in der arabischen Region ist dieser Tatbestand unverkennbar: Die Irakis sehen ihre Zukunft im Fall einer Niederlage am Beispiel der Palästinenser.

Die imperialistischen Metropolen und Israel weigern sich seit Jahrzehnten, eine Änderung der Lage der Palästinenser zuzulassen, die von Israel besetzten Gebiete zu räumen und die Forderung der PLO nach einem Staat Palästina anzuer-



Bundesdeutsche Alpha-Jets in der Türkei

Vietnam, Kampuchea und Laos nicht. Im „Spiegel-TV“ am 27.1. schilderte ein desertierter junger US-Soldat, daß in seiner von Wiesbaden nach Saudi-Arabien verlegten Einheit allgemein das Gefühl geherrscht habe, man werde zu einem Himmelfahrtskommando geschickt. Der „Spiegel“ (5/91) läßt anklingen, schon vor dem Einsatz herrschen bei den Bodentruppen in Saudi-Arabien Chaos und Zersetzung. Bei länger andauerndem Landkrieg werden sich, vor allem wenn die eigenen Verluste hoch sind und große militärische Erfolge nicht erreicht werden, unter den Infanteristen nach den Erfahrungen aus Korea und Südostasien das Gefühl von „Sinnlosigkeit“ und Defeatismus breitmachen. Auch deshalb wollen die USA eine zweite Front im Norden des Irak unter Beteiligung europäischer Truppen.

Die BRD nimmt eine Schlüsselstellung ein. Sie ist die Macht, durch deren Eingreifen eine Verbindung sämtlicher Konflikte von der Ostsee bis zum Golf erreicht werden kann. Dazu einige Schlaglichter:

Lieferungen für eine zweite Front in der Türkei müssen auf jeden Fall durch Österreich, eventuell weiter durch den Balkan zu Lande oder via Italien übers Meer. So oder so stellt sich die Frage der immerwährenden Neutralität Österreichs, die mit dem Staatsvertrag völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben worden ist — eine Frage, die zur Abrundung Großdeutschlands thematisiert werden kann.

Das Einstehen von Bundeswehr in der Türkei strahlt auf das gesamte Grenzgebiet der UdSSR aus. Schon in Zeiten, in denen die UdSSR als gefestigt gelten konnte, bestand der Plan, gegebenenfalls einen Kampf an der Nordflanke und der Südfalte zu suchen. Mit den Nationalitätenkonflikten, die der Destabilisierungspolitik folgten, können unvergleichlich geringere Militärkräfte, an diesen neuralgischen Punkten eingesetzt. Großes, d. h. eine Neuordnung und Neukolonialisierung des Ostens, bewirken.

der Stationierung der Alpha-Jets in der Türkei. Aus den oben genannten Gründen ist die Gefahr groß, daß die BRD bereit ist, noch weiter zu gehen, den Vertheidigungsfall der Türkei festzustellen und direkt militärisch einzutreten. Daß dies rechtswidrig geschieht, soll gleichwohl festgestellt werden. Die jetzt Regierenden haben nämlich im Fall einer Niederlage in diesem Krieg mit langjährigen Gefängnisstrafen zu rechnen, wenn sie sich nicht auf einen unvermeidbaren Irrtum hinausreden können. Deswegen ist es wichtig, die Tatsachen zu benennen, auch im Bundestag.

Der sichere Sieg in kurzer Zeit und der beginnende Dauerkrieg

Die offizielle Doktrin lautet, daß Saddam Hussein den Angriff auf den Irak nicht überleben werde. Irak werde militärisch geschlagen. Saddam umkommen. Es ist offenbar, daß eine Option der US-Strategie darin bestand und wohl auch noch besteht, im Irak einen US-freundlichen Putsch auszulösen.

Warum ist es bis jetzt zu einem solchen Putsch nicht gekommen, obwohl das Regime des Saddam grusam, in vieler Hinsicht verbrecherisch und auch in der Bevölkerung umstritten ist?

Der Hauptgrund hierfür liegt darin, daß die zuvor wirtschaftlich und jetzt militärisch Angreifenden aus der westlichen High-Tech-Welt einem Land der Dritten Welt wie dem Irak nichts anzubieten haben. Die Weltwirtschaftsordnung bietet den unterdrückten Nationen nicht die Möglichkeit, sich zu entwickeln. Aus der Sicht des Iraks bedeutet der Anschluß Kuwaits die Chance, die industrielle Entwicklung gestützt auf Ölexporte doch noch vorantreiben zu können. Derselbe Kriegsgrund trieb den Irak bereits in den entsetzlichen Krieg mit dem Iran. Der Irak ist ein Land, das mit der Strategie der Industrialisierung durch Verkauf von Rohstoffen relativ weit gekommen ist und dessen herrschende Klasse um den Anschluß an die

kennen. Nachdem sie sich auch noch zu dem Zeitpunkt weigerten, wo ihnen infolge der Rechtsentwicklung der Sowjetunion jeglicher Vorwand entschwunden ist, wo sie die Rechte des palästinensischen Volkes nicht mehr mit Hinweis auf dessen Beziehungen zur Sowjetunion etc. verweigern können, ist der Konflikt mit der arabischen Welt unvermeidlich geworden.

Der Irak hatte erklärt, Kuwait zu räumen, wenn die Rechte des palästinensischen Volkes anerkannt werden und eine internationale Nahost-Konferenz alle Probleme des Nahen Ostens in ihrem Zusammenhang behandelt. Die USA haben Irak diesen Ausweg nicht erlaubt, sondern angegriffen. Jetzt bieten sie Irak keinen annehmbaren Frieden. Ein annehmbarer Friede könnte glaubhaft nur durch eine Anerkennung der Rechte der Palästinenser und eine annehmbare Lösung der Palästinafrage angezeigt werden. — Weil sie aber keinen annehmbaren Frieden zu bieten haben, können die USA und ihre Verbündeten militärisch nicht siegen.

Der Krieg der USA gegen den Irak ist eine Front im Nord-Süd-Konflikt. Mit diesem Krieg unterstreichen die USA und ihre imperialistischen Verbündeten, daß sie nicht einmal mehr in der Propaganda den Anspruch erheben, das von ihnen vertretene Wirtschafts- und Herrschaftssystem ermögliche der ganzen Menschheit eine Entwicklung. Ange- sichts der Unfähigkeit der imperialistischen Weltwirtschaft gehen die entwickelten westlichen Staaten, voran die USA, dazu über, eine terroristische Tyrannie zur Niederhaltung der Länder, die sich entwickeln wollen, einzurichten.

Diese Tyrannie verlangt von den Menschen auch in den westlichen Ländern zunehmend Opfer: an Geld, an Blut. Die Verfestigung des Kriegsstandes an der Nord-Süd-Front bewirkt ein Absinken der Lebenslage und der Lebensaussichten der breiten Massen auch im Lager des Nordens. — (mit sic)

Zweiter PAC-Kongreß im besetzten Azania durchgeführt

Fast 800 Delegierte — externe und interne — berieten über die Aufgaben des Befreiungskampfes und die Politik des PAC

Der PAC hat am 7. bis 9. Dezember 1990 seinen zweiten Kongreß im besetzten Azania seit 31 Jahren mit Erfolg abgehalten. Dies war möglich, nachdem das rassistische Siedlerregime von Südafrika Anfang letzten Jahres die Befreiungsbewegungen wieder zugelassen hat.

Die Entbannung der größten Befreiungsbewegungen des Landes, PAC und ANC, ist auf den wachsenden Widerstand der afrikanischen Volksmassen zurückzuführen.

Das Rassistenregime von Südafrika hat sich nicht im geringsten geändert. Seine Angebote zu Verhandlungen sind scheinheilig und dienen nur dazu, die Befreiungsbewegung zu spalten und die

eigene Position zu festigen. Seit der Freilassung Nelson Mandelas und anderer politischer Gefangener sind mehr Menschen kaltblütig ermordet worden als im Jahr zuvor.

Hier berichten die Medien von Massakern unter den Afrikanern. Verschwiegen wird, daß das Regime desorientierte Menschen zu Angriffen auf Townshipbewohner missbraucht und vor allem, daß es die sonst in Angola und Namibia sowie die in den Homelands stationierten südafrikanischen Truppen gegen die Townshipbewohner einsetzt. Ergebnis sind Massenmorde, die auch bei den Trauergedenken durch die Rassistenarmee und -polizei am helllichten Tag durchgeführt wurden.

Zur Einladung der Klerks, an Verhandlungen teilzunehmen

Der Kongreß des PAC beschließt, nach Beratungen mit den internen und externen Verbänden des PAC wie auch unter Berücksichtigung der Beratungen mit Regierungen, die den PAC unterstützen:

1. Es gibt keine Prinzipien, keine Taktik oder Politik, die uns daran hindern, eine demokratische Lösung der Probleme des Landes zu suchen.

2. Der PAC wird nicht an Verhandlungen teilnehmen, bevor nicht Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung, basierend auf dem Grundsatz „eine Person, eine Stimme“ auf Grundlage einer einheitlichen Wählerliste in einem einheitlichen Staat, stattgefunden haben.

3. Das Regime der Klerke hat verweigert, Bedingungen für Verhandlungen zu schaffen, wie sie von den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft gefordert werden.

4. Der PAC hat das Mandat der Unterdrückten und Ausgebeuteten, darauf zu bestehen, daß die Verfassung für ein freies Azania nur durch eine demokratisch gewählte verfassunggebende Versammlung ausgearbeitet wird.

5. Der PAC ist nur bereit, Vorverhandlungen über Modalitäten zur Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, beispielsweise Zeitpunkt, Wahlalter, Wählerliste, Überwachung etc., zu führen. Solche Gespräche sollen an einem neutralen Ort stattfinden.

6. Der PAC bleibt verpflichtet, in der Zwischenzeit den Kampf an allen Fronten, einschließlich den bewaffneten Befreiungskampf, fortzusetzen.

7. Der PAC bleibt den Grundsätzen des Pan Africanismus — der Wiedergewinnung des Landes und aller anderen Ressourcen für die arbeitenden und entvigneten afrikanischen Volksmassen — verpflichtet.

8. Der PAC wird Herrn F.W. de Klerk von diesen Entscheidungen schriftlich informieren.

Zur Vereinigten Front

Überzeugt von der Bedeutung einer Vereinigten Front, die alle Kräfte, die im Widerspruch zum Feind stehen, umfaßt, beschließt der Kongreß:

1. Die Vereinigte Front von PAC und allen Organisationen der Unterdrückten soll aufgebaut werden, die sich von folgenden Grundsätzen leiten läßt.

a) Die afrikanischen Massen, und nur die afrikanischen Massen, sind das Subjekt der Umwälzung, und nicht das Rechte;

b) Apartheid kann nicht reformiert werden, sondern muß vollständig ausgerottet werden;

c) alle Formen des Kampfes müssen verstärkt werden, einschließlich des bewaffneten Kampfes als einer grundlegenden Kampfform.

2. Er initiiert ein Forum, auf dem alle Organisationen der Unterdrückten beraten können, um Bereiche gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Strategien zu finden:

3. Der PAC wird sich auch beteiligen, wenn die Initiative für ein solches Forum von anderen Organisationen ausgeht, die im Widerspruch zum Regime stehen;

4. Der PAC wird nicht nur seine eigenen Mitglieder zur Durchsetzung dieses Ziels führen, sondern ebenso auf andere politische Strömungen unter den unterdrückten und ausgebeuteten Massen einwirken, um die Vereinigte Front zu schaffen.

Zu Sanktionen

Überzeugt, daß ökonomische, militärische und kulturelle Sanktionen wichtige Waffen im gerechten Kampf zur Isolierung des illegalen Minderheits-Rassistenregimes und zur Ausrottung des

Apartheid-Systems sind; ferner überzeugt, daß verhängte Sanktionen bisher die gewünschte Wirkung hatten und auch weiterhin die gewünschte Wirkung haben werden.

beschließt der Kongreß:

1. daß bestehende ökonomische, militärische und kulturelle Sanktionen eingehalten und verstärkt werden müssen;
2. daß bindende Sanktionen durchgesetzt werden müssen;
3. daß alle Versuche, die Sanktionen zu untergraben, verurteilt werden müssen, und
4. er verpflichtet sich, die Kampagne für umfassende, bindende Sanktionen zu intensivieren.



Zum Kulturoboykott

In Anbetracht dessen, daß der Kulturoboykott eine wichtige Kampfform ist, um das Minderheits-Rassistenregime zu isolieren und den Zusammenbruch der Apartheid zu beschleunigen;

überzeugt, daß der Kulturoboykott alle Aktivitäten wie Musik, Sport, Unterhaltung, Kunst und Wissenschaft usw. einschließen muß;

besorgt, daß das Regime und Teile der nationalen Befreiungsbewegung dabei sind, den internationalen Kulturoboykott zu untergraben;

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die kulturellen Belange der unterdrückten und ausgebeuteten azanischen Massen zu entwickeln;

in Kenntnis der bedeutenden Rolle, die nicht-rassische und nicht-sektiererische kulturelle Vereinigungen spielen,

beschließt der Kongreß, daß der Kulturoboykott fortgesetzt und intensiviert werden muß; verurteilt der Kongreß jedoch, die den internationalen Kulturoboykott untergraben; ruft der Kongreß die internationale Gemeinschaft auf, den Kulturoboykott fortzusetzen und zu intensivieren; unterstützt er den prinzipiellen Standpunkt der nicht-rassischen und nicht-sektiererischen Kultur- und Sportverbände und fordert die azanischen Kultur- und Sportorganisationen auf, sich zusammenzuschließen, um den Boykott zu verstärken, und weist den Nationalen Exekutiv-Rat (des PAC — Verf.) an, Beziehungen mit diesen Kultur- und Sportorganisationen zu festigen

Die Krise, die den ganzen Erziehungsprozeß gestört hat und die afrikanischen Massen im allgemeinen und die afrikanischen Schüler im besonderen betrifft, stellt keine spontane und ziellelose Entwicklung dar. Sie ist das direkte Resultat der gezielten Versuche des illegalen Regimes, die Rolle des afrikanischen Volkes in seinem sozio-ökonomischen und politischen Bereich einzuschränken.

Daher beschließt der Kongreß:

1. Der PAC soll eine detaillierte, gut geplante und klar definierte Erziehungs-politik entwickeln, die die afrikanische Lebensphilosophie, die das Wesentliche der Erziehung unserer Nation ist, in den Mittelpunkt stellt. Bei der Formulierung dieser Politik wird der PAC die Kenntnisse und Beiträge der Menschen im Erziehungswesen suchen, insbesondere der Planer der Erziehung.

2. Ein Lehrerforum, das die afrikanische Idee und Strömungen in den Vor-

und auszubauen und sich an allen Versuchen zu beteiligen, die Sportvereine in diesem Land zu vereinen.

Zu den Vierzehn von Upington

Das Gericht des Apartheid-Regimes hat am 26. Mai 1989 vierzehn Afrikaner und Afrikanerinnen nach der Doktrin der „gemeinsamen Absicht“ nach dreijähriger Verhandlung zum Tode verurteilt. Dieses Urteil folgte einem ähnlichen Urteil gegen die Sechs von Sharpeville. Die Vierzehn von Upington stellen die größte Gruppe von Menschen dar, die jemals im Apartheid-Südafrika zum Tode verurteilt wurde. Angesichts dessen beschließt der Kongreß:

1. eine Kampagne zu initiieren für die Freilassung der Vierzehn von Upington und der Sechs von Sharpeville;
2. die Kampagne zu internationalisieren und dabei auf die Ungerechtigkeit der Apartheidjustiz hinzuweisen und
3. die Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen fortzusetzen.

Zur Gewalt

Nachdem er die in die afrikanischen Townships einbrechende Gewalt diskutierte und viele Faktoren festhielt, die dazu beitragen, ruft der Kongreß alle Afrikaner und Afrikanerinnen in unserem Land auf, allen Elementen in unserer Gesellschaft, die Gewalt fördern und ihr Vorschub leisten, Widerstand zu leisten und sie bloßzustellen. Er fordert den Nationalen Exekutivrat (des PAC — Verf.) auf, andere politische Gruppen in diesen Prozeß der Dämpfung der Gewalt in den Townships einzubeziehen. Er fordert den Nationalen Exekutivrat auf, regelmäßige Seminare, Workshops und Friedensdemonstrationen für alle Afrikaner gleich welcher politischer Auffassung zu organisieren, um die Lösung „Friede unter den Afrikanern, Krieg dem Feind“ zu verbreiten.

Zur Bildungskrise

Die Krise, die den ganzen Erziehungsprozeß gestört hat und die afrikanischen Massen im allgemeinen und die afrikanischen Schüler im besonderen betrifft, stellt keine spontane und ziellelose Entwicklung dar. Sie ist das direkte Resultat der gezielten Versuche des illegalen Regimes, die Rolle des afrikanischen Volkes in seinem sozio-ökonomischen und politischen Bereich einzuschränken.

Daher beschließt der Kongreß:

1. Der PAC soll eine detaillierte, gut geplante und klar definierte Erziehungs-politik entwickeln, die die afrikanische Lebensphilosophie, die das Wesentliche der Erziehung unserer Nation ist, in den Mittelpunkt stellt. Bei der Formulierung dieser Politik wird der PAC die Kenntnisse und Beiträge der Menschen im Erziehungswesen suchen, insbesondere der Planer der Erziehung.

2. Ein Lehrerforum, das die afrikanische Idee und Strömungen in den Vor-

der Kongreß befärbte sich mit der komplizierten Lage und kam zu der Auffassung, daß Verhandlungen mit dem Rassistenregime angesichts der zunehmenden Brutalität, Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Volksmassen einem Verrat gleichkommen.

Trotz der veränderten Weltlage und der verschlechterten Situation im Lande selbst verabschiedete der Kongreß des PAC Resolutionen, die in keiner Weise von der Standhaftigkeit und revolutionären Politik des PAC abweichen.

Wir drucken hier im Wortlaut die wichtigsten Resolutionen des PAC-Kongresses ab. — (PM, PAC)

vormal 18 Mitgliedern bestand, wurde in einen Nationalen Exekutivrat mit 40 Mitgliedern umgewandelt. Er schließt das gewählte Sekretariat, Mitglieder des externen Zentralkomitees, Vertreter der dem PAC angeschlossenen Organisationen und sechs nominierte Personen ein.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73.

Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52 DM.

Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lötz; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilage hinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Günthersr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninskstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Guttenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM Jahresabo: 52 DM

Angehörigen-Info, Hrsg. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- Zahle nach Rechnungserhalt.

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

„Manchen geht die Vereinigung nicht langsam genug“

Auch die Kirche annexiert ihre Brüder und Schwestern im Osten/Westkirche drängt auf Ausdehnung des Kirchensteuersystems und der Militärseelsorge

Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im November vergangenen Jahres in Lübeck-Travemünde kritisierte der Synodal- und Präsident des Kirchenrechtlichen Institutes der EKD, daß „einige kirchliche Funktionäre“ die Vereinigung „nicht langsam genug haben können...“. Deren Warnung, die besonderen Erfahrungen der östlichen Landeskirchen dürften nicht „niedergewalzt“ werden, geht nach seiner Ansicht ins Leere. Dem Kirchenbundesrat bleibt nur die eine Aufgabe, „nämlich sich schnell, geräuschlos und in rechtlich geordneten Bahnen überflüssig zu machen“.

Wichtig für die östlichen Landeskirchen sei vor allem, die bewährten Ordnungen und „kostbaren Regelungen“ des bundesdeutschen Staatskirchenrechtes zu nutzen, etwa das System der Kirchensteuer, des Militärseelsorgevertrages oder des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen. Staatsferne oder Staatsfeindlichkeit, die gegenüber dem SED-Regime verständlich gewe-

sen sei, seien gegenüber einem freien, demokratischen Staat fehl am Platz. Wenig Verständnis hatte dieser fürchterliche Kirchenjurist für das Nein der östlichen Kirchen zum Militärseelsorgevertrag: „Es wäre ein Auszug der evangelischen Kirche aus volkskirchlicher Verantwortung in einen Sektiererwinkel.“

Die Evangelische Kirche in der ehemaligen DDR sträubt sich insbesondere heftig gegen den Militärseelsorgevertrag, der seit 1957 in der Bundesrepublik gilt. Ihre Bundessynode beschloß, daß die acht im ostdeutschen Bund zusammengeschlossenen Gliedkirchen auf gar keinen Fall dem Vertrag einfach beitreten werden. Pfarrer in den Kasernen soll es danach — vorerst — nicht geben. Die seelsorgerliche Betreuung von Soldaten soll „in enger Bezogenheit zu den Ortskirchengemeinden wahrgenommen“ werden.

Andererseits hat auf der Synode in Lübeck-Travemünde der Rat der EKD klargestellt, daß der Militärseelsorgevertrag keinesfalls zur Disposition stehe.

Und: Um seinen gehorsamen Dienern in ihren Vorhaben gleichsam zeichenhaft zur Seite zu treten, hat der HERR für die Militärseelsorger die ersehnte Stunde der Bewährung kommen lassen: Laut evangelischem Pressedienst ist am 23. Januar 1991 der erste Militärpfarrer mit einer Militärmarschine zu den deutschen Alpha-Jet-Piloten am Luftwaffenstützpunkt Erbach in die Türkei geflogen.

★

Von Campenhausen ist treibender Wortführer kirchlicher bundesrepublikanischer Annexionspolitik gen Osten. Freilich ist ihm die List, auch einmal scheinbar das Gegenteil zu behaupten, dabei recht. Im „Rheinischen Merkur — Christ und Welt“ (9.3.90) fordert er, weil er sich zur „Unabhängigkeit des Staates von der Kirche, aber auch der Kirche vom Staat“ bekenne, „den bewährten Bestand staatskirchenrechtlicher Einrichtungen in der Bundesrepublik nun auch in der DDR zu verteidigen.“ — (hel)



Feldgottesdienst: „Was Ihr tut, tut Ihr in der Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

E. Fischer: „Kirche und Staat im vereinigten Deutschland“

Nachfolgend dokumentieren wir aus der Broschüre von Erwin Fischer, „Staat und Kirche im vereinigten Deutschland“, Oktober 1990. Dies ist die zur Zeit qualifizierteste Veröffentlichung zu diesem Thema. Die Broschüre ist für 8,80 DM zu beziehen über: IBDK Verlag, Postfach 167 8750 Aschaffenburg 06021/15744

Gegenwärtige Rechtslage

Für das Verhältnis von Staat und Kirche sind einzige und allein maßgebend die Bestimmungen des Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949, dessen Bestandteil gemäß Artikel 140 GG auch die Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche: nur grundsätzlich, weil zwei Ausnahmen gelten:

1. der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den öffentlichen Schulen gemäß Artikel 7 Absatz 3 GG (mit Ausnahme der bekannten freien Schulen und der Länder, in denen am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand (Art. 141 GG).

2. die Kirchensteuer gemäß Artikel 137 Absatz 3 Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919.

Wer sich aber unbefangen in der Bundesrepublik umsieht, käme nicht auf den Gedanken, daß dem Grundgesetz zufolge Staat und Kirche — das sind die beiden christlichen Großkirchen — grundsätzlich vom Staat getrennt sind. Er stellt fest:

Kreuze in vielen öffentlichen Gebäuden, vornehmlich in Gerichten und Schulen, dazu Schulgebete und Schulgottesdienste, zwar nicht überall, aber doch in den meisten Bundesländern. Beamtete Pfarrer in der Bundeswehr und im Strafvollzug. Entgeltliche Dienstleistungen für die beiden christlichen Großkirchen durch Ausbildung der Pfarrer in theologischen Fakultäten oder Fachbereichen der Universitäten. Treueid der Bischöfe bei Amtsübernahme.

Peter von Tilling hat seinem Beitrag: „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft“ in der Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht ein Verzeichnis der institutionalisierten Mitwirkungsrechte der Kirchen im staatlichen Bereich als Anhang beigelegt: insgesamt 17 Seiten! Diese bedürfen aber noch der Ergänzung. Die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche

entspricht dem Übergewicht der sich ausdrücklich „christlich“ nennenden Parteien: Sie fordern erneut, daß christliche Werte nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Bereich Anerkennung finden und in Gesetzen berücksichtigt werden müssen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch sozialliberal und sozialdemokratisch regierte Länder an dieser Mißachtung des Grundgesetzes mitgewirkt haben.

... Professor Dr. Paul Mikat,

von seitens seiner Anhänger sowohl als Jurist als auch als Theologe und Historiker gerühmt, als akademischer Lehrer und Politiker tätig (Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen,

seit 1969 für die CDU Mitglied

des Bundestages und Justiziar

seiner Fraktion) — also einer, der es wissen muß — hat bekannt: „Es ist heute schon nahezu Binsenweisheit, daß die Normalisierung der Kirche und der Christen in der Welt von heute die Diaspora ist.“

Die erwähnten Verfassungswidrigkeiten werden unter Bezugnahme auf Bestimmungen in den Verfassungen der Länder gerechtfertigt, ferner durch Vereinbarungen mit den Kirchen in abgeschlossenen Verträgen bzw. Konkordaten. Ein weiterer Rechtfertigungsgrund wird darin erblickt, daß insbesondere die Mißachtung der Kirchen zustehenden Kirchenfreiheit infolge eines beiderseitigen Einver-

ber 1965 verkündete grundsätzliche Aussage über das Verhältnis von Staat und Kirche. Sie lautet:

„Das Grundgesetz legt durch Artikel 4 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 3, Artikel 33 GG sowie durch Artikel 136 Absatz 1 und 4 und Artikel 137 Absatz 1 WRV in Verbindung mit Artikel 140 GG dem Staat als Heimstatt aller Staatsbürger ohne Ansehen der Person weltanschaulich-religiöse Neutralität auf. Es verwehrt die Einführung staatskirchenrechtlicher Rechtsformen und untersagt auch die Privilegierung bestimmter Bekenntnisse.“

Der Begründung dienen sechs verfassungsrechtliche Bestimmungen, insbesondere die unverletzbare Religions- und Weltanschauungsfreiheit, ferner das aus der Weimarer Reichsverfassung übernommene Gebot, daß keine Staatskirche besteht. Umfassender hätte die Pflicht des Staates zu weltanschaulich-religiöser Neutralität nicht begründet werden können. Diese Verpflichtung ist vom Bundesverfassungsgericht in vielen Entscheidungen wiederholt worden, so daß insoweit eine feststehende Rechtsprechung vorliegt.

Wenn man daher von Campenhausens Ruf nach Trennung von Staat und Kirche folgen will, so müßten alle widersprechenden Bestimmungen im Zuge der Vereinigung beseitigt werden. Was verlangt er aber tatsächlich? Nichts anderes als die Wieder einföhrung des Religionsunterrichts und der Kirchensteuer in der DDR! Zur Begründung erwähnt er die Kirchenfreiheit und die „Freiheit des Menschen, der Staatsbürger und Christ zugleich ist“. Damit greift von Campenhausen auf eine beliebte Formulierung zurück, die auf einer mit dem Thema „Die Kirche unter dem Grundgesetz“ befaßten Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 1967 vorgetragen wurde. Sie lautet: „Staat und Kirche begegnen sich in den gleichen Menschen und Lebensbereichen.“ Sie wurde unter Berufung auf 94,6 Prozent der in den großen Kirchen getauften Menschen unseres Volkes — idem civis et christianus (Identität von Bürger und Christ) — gerechtfertigt und fand sogar Eingang in eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. September 1976 mit dem Ausspruch, daß „für Staat und Kirche, die sich für dieselben Menschen, für dieselbe Gesellschaft verantwortlich fühlen, damit die Notwendigkeit ver-

ständiger Kooperation“ entstehe.

Die hier aus der Identität von Bürger und Christ abgeleitete „Partnerschaft von Kirche und Staat“ — und zwar unter Bezugnahme auf das Koordinations system, von der katholischen Kirche bereits im 5. Jahrhundert in Verbindung mit der Vorstellung der „societas perfectae“ (Kirche und Staat als vollkommene Gesellschaften) vertreten — ist schon erstaunlich. Noch erstaunlicher ist aber, daß sich der für diese Entscheidung verantwortliche Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts nicht etwa mit dem Schriftum auseinandersetzt, sondern sich auf die „Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt vom 18. Januar 1973 (Bulletin 73, Seite 56), wiederholt in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 17. Mai 1974 (Bulletin 1974, Seite 604)“ be ruft.

Ende der „Volkskirche“

Bereits 1967 haben kritische Staatsrechtslehrer ... bemerkt, daß die „an sich imponierende Zahl 95 Prozent“ keine rechtliche Aussagekraft besitzt“, weil innerhalb dieser 95 Prozent der BRD-Gesamtbevölkerung die Meinungen zur Bekenntnisschule und anderen Problemen geteilt seien. Inzwischen hat das Hessische Landessozialgericht im Urteil vom 30. Januar 1985 festgestellt, daß bereits 14 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik keiner „kirchensteuerberechtigten Konfession“ mehr angehören. Und aus der Volkszählung 1987 ergeben sich einige geradezu sensationelle Ergebnisse: Der Anteil der evangelischen Christen ist von 1970 bis 1987 insbesondere in den Stadtstaaten stark zurückgegangen: in Hamburg von 70,6 auf 50 Prozent, in Westberlin von 67 auf 48,3 Prozent und in Bremen von 80,6 auf 59,7 Prozent. Noch sensationeller ist aber die weltanschaulich-konfessionelle Gliederung der Bevölkerung im vereinigten Berlin: 47 Prozent Konfessionslose, 36 Prozent Protestanten, 9 Prozent Katholiken. Dies bedeutet, daß die Mitglieder der beiden christlichen Großkirchen zusammengenommen sich in der künftigen Hauptstadt Deutschlands bereits in der Minderheit befinden! Von einer Volkskirche kann daher keine Rede mehr sein. Nach einer von dpa am 6. August 1990 veröffentlichten Meldung leben im Gebiet der DDR 5,1 Millionen Protestant und 1,05 Millionen Katholiken. In der Bundesrepublik sind 24,9 Millionen Chri-

sten evangelisch und 26,3 Millionen katholisch. Auf das Gebiet der DDR bezogen, in dem 16,5 Millionen Einwohner leben, beträgt der Anteil der Konfessionslosen also weit über 50 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Zahlen müssen wir uns vor Augen halten, wenn die christlichen Großkirchen in der DDR künftig die gleichen Privilegien erhalten sollen wie in der Bundesrepublik.

... Es ist aufschlußreich, was Theologieprofessor Karl Lehmann, jetzt Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, 1974 über die Stellung der Religion als Bestandteil des gesellschaftlichen Bereichs erklärt hat. „Es braucht kaum gesagt werden, daß dies die Geburtsstunde der modernen Religionsfreiheit und Toleranz ist. Der Staat ist die politische Herrschaftsorganisation zur Sicherung dieser Glaubens- und Religionsfreiheit, so daß er gerade deswegen in seiner eigenen Struktur a-religiös oder a-theistisch sein muß. Wenn er sich auf eines der verschiedenen Bekenntnisse festlegt, würde er ungerecht. Der Staat verweist die Religion in den Bereich der freien Gesellschaft. Die Religion wird zu einer Angelegenheit des Interesses einzelner Bürger. Sie ist kein Bestandteil der staatlichen Ordnung. Die Freigabe der Religion bedeutet zunächst das Freiwerden von Bindungen an den Staat, aber auch das Entlassenwerden und Sichselbstüberlassen im gesellschaftlichen Raum. Religionsfreiheit enthält nicht nur die Möglichkeit, eine Religion privat und öffentlich zu bekennen, sondern ebenso das Recht, sie nicht zu bekennen.“

Diese zutreffende, für einen katholischen Bischof geradezu erstaunliche Aussage, widerspricht aber auch dem eindrucksvollen Gebäude der Kirche als weltlicher Institution. Damit hängt zusammen, daß eine absolute Gültigkeit religiöser Normen gesellschaftlich nicht mehr gegeben ist. Aus diesem Grunde gelangte Professor Konrad Hesse, Verfasser kirchengünstiger Gutachten in staatskirchenrechtlichen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, von 1975 bis 1987 Bundesverfassungsrichter, schon 1965 zu der Feststellung: „Wenn die Kirchen trotz dieser inneren Krise eine Position äußerer Stärke anstreben und gewonnen haben, so ist das in gewisser Weise folgerichtig: Sie suchen das, was sie unmittelbarem Einfluß auf modere Gesellschaft verloren haben, mittelbar durch staatskirchenrechtliche Institutionierung zurückzugewinnen.“

Anzeige

Broschüre des „Roten Tisch“ Soziale Folgen des Anschlusses und Widerstandspositionen



Mit Beiträgen von:

- PDS
- DKP
- BWK
- KPD
- AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe
- DKP-Frauenkommission

Dokumentation: DDR-Sozialcharta, Gemeinsame Erklärung von DGB und FDGB, ILO-Dokumente.

32 Seiten DIN-A-4. Erscheint Mitte Februar. Preis: 3,50 DM.
Bestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.